Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands

Nr. 39. | Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482. Geschäftsinserate pro 3gespaltene Zeile oder deren Raum 25, für Zahlst. 15 Pf. Off.-Annahme 10 Pf. | Hannover, Sonnabend, den 26. September 1908. | Verlag: A. Lohrberg, Hannover, Münzstr. 5. Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover, Münzstraße 5, III. Fernsprech-Anschluß 3002. Druck von E. A. H. Meister & Ko., Hannover. | 17. Jahrg.

Verbandstagsbeschlüsse,

die mit dem 1. Oktober 1908 in Kraft treten.

§ 3.

Bei Uebertritt werden die in der früheren Organisation gezahlten niedigeren Beiträge nach ihrem Werte auf unsre Beiträge umgerechnet. Höhere Beiträge werden nicht umgerechnet, sondern gezählt.

§ 6.

Jedes eintretende Mitglied erhält für die Dauer des ersten Jahres der Mitgliedschaft eine Mitgliedskarte. Nach Ablauf des ersten Mitgliedsjahres wird vom Verbandsvorstand ein Mitgliedsbuch ausgestellt.

Den männlichen erwachsenen Mitgliedern ist es freigestellt, einen Beitrag von 50 Pf. pro Woche zu zahlen, gegen die Gewährung höherer Unterstützung. Die Sätze für die Erwerbslosenunterstützung stellen sich alsdann wie folgt:

Bei einer Mitgliedschaft von

52	Wochen	1,20	Mk.	pro	Tag,	24	Tage	=	28,80 Mk.
104	„	1,40	„	„	„	42	„	=	58,80 „
156	„	1,60	„	„	„	42	„	=	67,20 „
208	„	1,80	„	„	„	42	„	=	75,60 „
260	„	2,—	„	„	„	42	„	=	84,— „
312	„	2,—	„	„	„	48	„	=	96,— „
364	„	2,—	„	„	„	54	„	=	108,— „
416	„	2,—	„	„	„	60	„	=	120,— „

Die höheren Unterstützungssätze kommen jedoch nur dann zur Auszahlung, wenn in 52 Wochen die höheren Beiträge entrichtet sind. Die vorher geleisteten ordentlichen Beiträge der niedrigen Klasse, die als 40 Pf. gerechnet werden, werden in Beiträge der höheren Klasse umgerechnet.

Beispiel: Es sind 120 Beiträge gezahlt worden, davon waren 52 a 50 Pf. und 68 a 40 Pf. Die 68 Marken a 40 Pf. werden in Geldwert umgewandelt. 68×40 ergibt 27,20 Mk., geteilt durch 50 sind 54; das ist die Anzahl der Marken, welche den 52 a 50 Pf. zuzuzählen sind, so daß im ganzen 106 Marken a 50 Pfennig in Anrechnung kommen. **Natürlich kann diese Unterstützung erst nach dem 1. Oktober 1909 zur Auszahlung kommen, wenn der 50 Pfennigbeitrag in 52 Wochen entrichtet worden ist.**

Die übrigen Bestimmungen für Bezug der Erwerbslosenunterstützung kommen sinngemäß auch bei dem höheren Beitrag zur Anwendung.

Weiblichen Mitgliedern steht es frei, den 40 Pfennig-Beitrag der männlichen Mitglieder zu leisten, wodurch sie sich die Ansprüche auf gleiche Rechte erwerben.

Für Personen unter dem 17. Lebensjahre ist der Beitrag 20 Pf. pro Woche. Die dafür zu gewährenden Unterstützungen entsprechen den Unterstützungssätzen weiblicher Mitglieder. Es steht den Personen unter 17 Jahren frei, den ordentlichen Beitrag zu leisten, wodurch sie sich den Anspruch auf die höhere Unterstützung erwerben. Die jugendlichen Mitglieder, die 20 Pf. zahlen, müssen mit dem 17. Lebensjahre in die höhere Klasse eintreten. Die höheren Unterstützungssätze kommen erst dann zur Auszahlung, nachdem 52 Wochen die höheren Beiträge entrichtet worden sind. Die von weiblichen und jugendlichen Mitgliedern geleisteten niedrigeren Beiträge werden im Geldwert in Beiträge der höheren Klasse umgerechnet.

§ 9.

Hat ein Mitglied 104 Wochenbeiträge geleistet, so kann es den in dieser Klasse geltenden Unterstützungsbetrag nur für soviel Tage erheben, als ihm noch an der satzungsgemäßen 42 tägigen Bezugszeit fehlen.

Bisher konnte ein Mitglied, wenn es Erwerbslosenunterstützung in Höhe von 24 Mk. für 24 Tage nach einjähriger Mitgliedschaft bezogen hatte, im Falle andauernder oder neuer Erwerbslosigkeit nach Ablauf des zweiten Jahres der Mitgliedschaft und Leistung von 104 Beitragsmarken erst 12 Monate nach dem ersten Tage, an welchem es Unterstützung erhalten, weitere Unterstützung beziehen. Jetzt kann das Mitglied nach Vollendung der zweijährigen Mitgliedschaft die Differenz zwischen dem 24. und 42. Tag erhalten.

Das Reisegeld beträgt pro Tag genau soviel als der für das Mitglied in Betracht kommende Satz für Erwerbslosenunterstützung und kommt für 24 bezw. 42 Tage (bei Leistung des 50-Pfennig-Beitrags voll bis 60 Tage) zur Auszahlung (bisher pro Tag 1 Mark).

An unverheiratete Mitglieder kann, wenn sie nachweisen, daß sie an einem andern Ort in ein festes Arbeitsverhältnis treten, das Reisegeld in Form einer einmaligen Reiseentschädigung gewährt werden. Die Höhe richtet sich nach der Entfernung. Für je 25 Kilometer wird der für die Erwerbslosenunterstützung pro Tag festgelegte Satz nach ganzen Tagen berechnet. Falls ein Mitglied die Reiseentschädigung beansprucht, hat dasselbe den unanfechtbaren Nachweis zu liefern, daß es am neuen Orte in ein festes Arbeitsverhältnis tritt. Die Anträge sind durch die Bevollmächtigten beim Vorstand einzureichen und ist die Auszahlung von diesem anzuweisen. In der Regel ist diese Entschädigung erst am Anzugsorte zur Auszahlung zu bringen.

Tritt nach einer länger als 7 Tage währenden militärischen Uebung unmittelbar Erwerbslosigkeit ein, so wird die Unterstützung vom ersten Tage der Erwerbslosigkeit an bezahlt.

§ 10.

Beim Todesfall eines Mitgliedes kann den Hinterbliebenen ein Sterbegeld gewährt werden, und zwar bei der Leistung von

104	Wochenbeiträgen	20	Mk.
156	„	30	„
208	„	40	„
260	„	50	„
312	„	60	„
364	„	70	„
416	„	80	„
468	„	90	„
520	„	100	„

Bei einem Beitrage von 50 Pf. pro Woche sind die Sätze für Sterbegeld sämtlich 10 Mk. höher. Voraussetzung ist auch hier, daß 52 Wochenbeiträge a 50 Pf. geleistet sind. Die niedrigen Beiträge werden in Beiträge der höheren Klasse umgerechnet. Sind beide Ehegatten unterstützungsberechtigte Mitglieder, so beträgt das Sterbegeld das eineinhalbfache der vorstehenden Sätze.

Verheirateten Mitgliedern, welche an einem andern Ort in ein neues Arbeitsverhältnis treten, kann vom Vorstande eine Beisteuer zu den Umzugskosten gewährt werden, wenn das Mitglied 104 Wochenbeiträge geleistet und zwischen An- und Abzugsort eine Entfernung von 10 Kilometern liegt.

Das Umzugsgeld beträgt dann bei

10— 50	Kilometern bis zu	15	Mk.
50—100	„ „ „	20	„
100—150	„ „ „	25	„
150—200	„ „ „	30	„
200—250	„ „ „	35	„
bei größerer Entfernung		40	„

Das Umzugsgeld ist möglichst erst am Anzugsorte auszuzahlen.

Die Unterstützung Gemaßregelter erfolgt vom 1. Tage nach den Sätzen der Streikunterstützung.

Streikreglement.

§ 1.

Wenn Verbandsmitglieder in einen Angriff- oder Abwehrstreik eintreten wollen, so kann dies nur mit Zustimmung des Vorstandes erfolgen. Die Sperre über Fabriken und Werkstellen kann ebenfalls nur mit Zustimmung des Vorstandes verhängt werden. Unvorhergesehene Abwehrbewegungen oder Aussperrungen sind dem Vorstand und dem Gauvorstand sofort entweder brieflich oder telegraphisch bezw. telephonisch mitzuteilen. Bei Abwehrstreiks hat der Vorstand so schnell wie möglich seine Zustimmung zu geben.

§ 2.

Bewegungen zur Erhöhung des Lohnes oder Verkürzung der Arbeitszeit müssen mindestens zwei Monate vor Beginn dem Vorstand und Gauleiter gemeldet werden. Ausnahmen sind nur bei außerordentlich günstigem Geschäftsgange und bei absolut geschlossener und guter Organisation gestattet. Unter guter Organisation ist zu verstehen, daß die bei der Bewegung in Betracht kommenden Kollegen so lange organisiert sind, daß sie Anrecht auf Bezug von Unterstützung haben.

Der Vorstand kann nach Eingang der Anmeldung einer Lohnbewegung den Gauvorstand mit der Untersuchung der in Betracht kommenden örtlichen Verhältnisse und der Formulierung und Begründung der Forderungen beauftragen. Geschieht dies, dann hat der mit der Untersuchung beauftragte Gauvorstand dem Vorstand erst einen Bericht einzusenden.

Die zustimmende Antwort des Vorstandes bei Lohnbewegungen ist an die Zahlstelle und die Gauleiter zu richten.

Zur Kündigung von Tarifverträgen muß die Zustimmung des Vorstandes rechtzeitig eingeholt werden.

§ 12.

Die Streikunterstützung beträgt:

Bei einer Mitgliedschaft von 1 Jahr und einer Beitragsleistung von 52 Wochen für männliche Mitglieder 14 Mk., weibliche Mitglieder 9 Mk., bei einer Mitgliedschaft und Beitragsleistung von 27—52 Wochen für männliche Mitglieder 12 Mk., weibliche Mitglieder 7,50 Mk. pro Woche; bei einer Mitgliedschaft und Beitragsleistung von 13—27 Wochen für männliche Mitglieder 10 Mk., weibliche Mitglieder 6 Mk. pro Woche. Des weitern für jedes noch nicht schulpflichtige und nicht schulentlassene Kind 1 Mk. pro Woche mehr, vorausgesetzt, daß das im Streik befindliche Mitglied Alleinernährer der Kinder ist.

Ledige männliche Mitglieder erhalten 1 Mk. pro Woche weniger.

Die Streikunterstützung darf jedoch die Höhe des bis vor dem Streik gehabten Wochenverdienstes nicht übersteigen.

Zeitungsreglement.

Der Vorstand hat alle Beschwerden über die Redaktion entgegenzunehmen und zu regeln, sowie alle die Zeitung betreffenden geschäftlichen Angelegenheiten zu erledigen. Beschwerden über den Vorstand sind beim Ausschuß anzubringen.

Geschäftsordnung.

Das Wahlrecht ist in Person auszuüben, Mitgliedsbuch legitimiert.

Verschmelzung von Zahlstellen.

Zahlstellen im Umkreise von 15 Kilometern, sowie alle, welche in einem gemeinschaftlichen Wirtschafts- und Lohngebiet liegen, haben sich zu einer Verwaltungsstelle, unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse, zu verschmelzen.

Der Hauptvorstand ist verpflichtet, die Verhandlungen zwischen den zu verschmelzenden Zahlstellen einzuleiten, zu führen und die endgültige Entscheidung zu treffen.

Von den größern Zahlstellen wird erwartet, daß sie in loyaler Weise den berechtigten Ansprüchen der zu verschmelzenden Zahlstellen Rechnung tragen.

Zahlstellen, die sich der Entscheidung des Vorstandes nicht fügen, kann das Material entzogen werden, und ist die zuständige Zahlstelle mit der Ausführung der Verbandsgeschäfte zu beauftragen.

Die Resolution des Leipziger Verbandstags ist aufgehoben.

Die Gewerkschaftsorganisationen im Deutschen Reiche im Jahre 1907.

II.

Die Leistungen der Gewerkschaften.

Die günstige Entwicklung der Finanzen der Gewerkschaften hat auch im Berichtsjahre angehalten. Die Gesamteinnahmen stiegen seit 1906 von 41 602 939 Mk. auf 51 396 784 Mk. oder von 24,62 Mk. auf 27,55 Mk. pro Kopf der Mitglieder, die Gesamtausgabe von 36 963 413 Mk. auf 43 122 519 Mk. oder von 21,88 Mk. auf 23,12 Mk. pro Kopf und die Vermögensbestände von 25 312 634 Mk. auf 33 242 545 Mk. oder von 14,98 Mark auf 17,82 Mk. pro Kopf der Mitglieder. Auch dieses erfreuliche Bild konnte nur das Ergebnis einer langjährigen Entwicklung sein, die auch heute noch ohne Unterbrechung fortschreitet. Denn die Finanzen der einzelnen Gewerkschaften sind noch immer sehr verschieden; die Einnahmen schwanken zwischen 63,13 Mk. pro Kopf der Mitglieder (Lithographen und Steindrucker) und 10,52 Mk. pro Kopf (Schirmmacher), die Ausgaben zwischen 82,17 Mk. pro Kopf (Notenstecher) und 5,69 Mk. (Schirmmacher) und die Vermögensbestände zwischen 185,24 Mk. (Notenstecher) und 1,86 Mk. (Handlungsgehilfen). Je mehr die in ihren Leistungen noch zurückstehenden Organisationen ihre Finanzlage kräftigen, desto mehr hebt sich die Gesamtlage der Gewerkschaften. So sind die Einnahmen seit 1891 von 6,68 Mk. auf 27,55 Mk., die Ausgaben von 9,62 Mk. auf 23,12 Mk. und die Vermögensbestände von 2,56 Mk. auf 17,82 Mk. pro Kopf der Mitglieder gestiegen.

Was nun zunächst die **Einnahmen der Gewerkschaften** anlangt, so hatten 10 Verbände über eine Million (bis 11½ Millionen) Mark Jahreseinnahmen, 7 hatten 500 000 bis 1 Million Mark und 12 hatten 250 000 bis 500 000 Mk. Einnahmen, ferner 12 Verbände 100—250 000 Mark, 7 Verbände 50—100 000 Mk., 8 Verbände 20- bis 50 000 Mk., 5 Verbände 10—20 000 Mk. und 2 Verbände unter 10 000 Mk. Einnahmen. Pro Kopf berechnet, verzeichnen die höchsten Einnahmen die Lithographen (63,13 Mk.), die niedrigsten die Schirmmacher (10,52 Mk.). Es sind dies die Gesamteinnahmen einschließlich der mitunter recht hohen Extrabeiträge.

Die Jahresausgaben der Gewerkschaften, die von 36 963 413 Mk. (1906) auf 43 122 519 Mk. angewachsen sind, stehen unter dem Einflusse einer gewaltig gesteigerten Arbeitslosigkeitslast. Mußten doch die Gewerkschaften allein für Reise- und Arbeitslosenunterstützung mehr als das Doppelte des Vorjahrs, 7,4 Millionen statt 3,4 Millionen Mark aufwenden, während die Ausgaben für Streikunterstützung sich von 13,7 Millionen auf 13,2 Millionen Mark verminderten. Auf die einzelnen Tätigkeitszweige entfielen im Berichtsjahre folgende Ausgabesummen:

	Organisationen	Mk.
Verbandsorgan	63	1 878 392
Agitation	61	2 271 271
Streiks im Beruf	56	12 994 821
Streiks in andern Berufen	51	201 542
Rechtsschutz	59	345 773
Gemaßregeltenunterstützung	47	1 010 045
Reiseunterstützung	44	869 148
Arbeitslosenunterstützung	43	6 527 577
Krankenunterstützung	48	3 482 829

	Organisationen	Mk.
Invalidenunterstützung	8	384 562
Beihilfe in Sterbefällen	48	642 385
Beihilfe in Notfällen	45	467 707
Umzugskosten	39	275 716
Stellenvermittlung	18	52 837
Bibliotheken	35	276 588
Unterrichtskurse	32	43 195
Statistiken	19	61 315
Sonstige Zwecke	58	3 187 093
Konferenzen und Generalversammlungen	57	418 737
Beitrag an die Generalkommission	55	240 164
Beitrag zu internationalen Verbindungen	21	52 192
Beitrag an Kartelle und Sekretariate	38	574 099
Prozeßkosten	21	31 131
Verwaltungskosten, persönliche	63	691 753
Verwaltungsmaterial	63	780 358

Wie in frühern Jahren, so steht auch diesmal der Aufwand für Streiks und Aussperrungen an erster Stelle. Das entspricht durchaus dem Wesen unsrer Gewerkschaften, deren vornehmste Aufgabe der Kampf für bessere Arbeitsbedingungen ist. Während indes der Aufwand für Streikunterstützung, wie bereits erwähnt, seit 1906 von 13 748 412 Mk. auf 13 196 363 Mk. zurückging, steigerte sich der Gesamtaufwand für andre Unterstützungszwecke von 10 957 279 Mk. auf 15 885 127 Mk. Die weitaus größte Zunahme trifft die Arbeitslosenunterstützung, die 1906 nur 2 653 296 Mk., 1907 dagegen 6 527 577 Mk. Ausgaben erforderte, ein Mehr von 3 874 281 Mk. In dieser immensen Steigerung spiegelt sich nicht allein die ungünstige Lage des Arbeitsmarkts wieder, unter der die Gewerkschaften und ihre Maßnahmen zu leiden hatten, sondern zugleich auch die hohe Bedeutung der Gewerkschaften für das öffentliche Wohl. Längst wäre es Aufgabe des Reichs gewesen, den Gewerkschaften die Last der Arbeitslosenversicherung, an der doch die Arbeiter die allergeringste Schuld tragen, dadurch zu erleichtern, daß es ihnen nach dem Beispiele Frankreichs, Dänemarks und Norwegens Beihilfen gewährt. Dadurch würden auch diejenigen Gewerkschaften, die eine Arbeitslosenunterstützung bisher noch nicht einführen konnten, in die Lage versetzt, sich dieser Aufgabe zuzuwenden. Es ist beschämenswert für das Reich, zuzusehen, wie die organisierte Arbeiterschaft von Jahr zu Jahr einen mühe- und opfervollen Kampf gegen die Arbeitslosigkeit führt, ohne für die Arbeiter etwas andres als behördliche Schikanen übrig zu haben. — Auch für Krankenunterstützungen haben die Gewerkschaften gewaltige Summen aufgewendet; 3 482 822 Mk. wurden für diesen Zweck verausgabt.

In den 17 Jahren seit Führung der gewerkschaftlichen Statistik, 1891—1907, sind nicht weniger als 117,6 Mill. Mark für Unterstützungszwecke ausgegeben worden, wovon 60 Mill. Mark auf Streikunterstützungen, rund 57,6 Millionen Mark auf andre Unterstützungen sich verteilen.

Für Bildungszwecke bringen die Gewerkschaften ebenfalls bedeutende Opfer. Die Verbandszeitschriften erforderten im Jahre 1907 1 878 392 Mk., Bibliotheken 276 588 Mk. und Unterrichtskurse 43 195 Mk., insgesamt 2 198 175 Mk. Ausgaben. Seit 1891 kostete die Unterhaltung der Verbandsorgane den Gewerkschaften nicht weniger als 12 360 749 Mk. Diese Leistungen stellen das wohltätige und vorbildliche Wirken der deutschen Gewerkschaften außer jeden Zweifel, und es gehört zu den schönsten Ruhmestiteln der deutschen Arbeiterklasse, daß sie allen polizeilichen, gerichtlichen und großindustriellen Verfolgungen zum Trotz sich in ihren Gewerkschaften ein solches Kulturwerk geschaffen hat.

Die **Vermögensbestände** der Gewerkschaften haben im Jahre 1907 die Höhe von 33 242 545 Mk. erreicht. Davon entfallen 6 262 090 Mk. auf die Buchdrucker, 5 606 906 Mk. auf die Maurer, 4 791 098 Mk. auf die Metallarbeiter, 2 712 300 Mk. auf die Holzarbeiter, 2 013 720 Mark auf die Bergarbeiter, 1 610 232 Mk. auf die Zimmerer und 1 311 648 Mk. auf die Fabrikarbeiter. Von den übrigen Verbänden hatten 5 ein Vermögen von 500 000 bis 1 Million Mark, 5 ein solches von 250 000 bis 500 000 Mark und 15 ein solches von 100 000 bis 250 000 Mk., die andern blieben hinter 100 000 Mk. zurück. Für die Beurteilung der Widerstandskraft einer Gewerkschaft kommt freilich nicht die absolute Höhe des Verbandsvermögens allein in Betracht, sondern auch die Aufgaben, für deren Erfüllung dieses Vermögen angesammelt ist und der auf das einzelne Mitglied durchschnittlich entfallende Betrag. Immerhin bietet ein hoher Kassenbestand viel eher Gewähr, schwierige Situationen erfolgreich zu überstehen, weshalb die Ansammlung eines hohen Widerstandsfonds eine der besten Kampfreserven der Gewerkschaften ist und bleibt. Pro Kopf berechnet, schwanken die Vermögensbestände zwischen 1,86 Mk. (Handlungsgehilfen) und 185,24 Mk. (Notenstecher). Indes gestattet der Vermögensstand am Jahresschlusse kein allgemeines Urteil über die Finanzkraft einer Organisation, weil oft Zufälligkeiten, größere Kämpfe usw. die Bestände plötzlich verringern, während wenige Wochen später schon bedeutend höhere Bestände vorhanden sind.

Auf dem [illegible] biete des Unterstützungswesens hat besonders die Einführung der Kranken-, bezw. der Erwerbslosenunterstützung Fortschritte gemacht.

Im Berichtsjahre wurden neu eingeführt: die Reiseunterstützung in einem Verbande (Brauer), die Arbeitslosenunterstützung in einem (Gemeindearbeiter), die Krankenunterstützung in sieben (Buchbinderarbeiter, Gemeindearbeiter, Handschuhmacher, Holzarbeiter, Kupferschmiede, Maschinisten und Schmiede) und die Sterbeunterstützung in sechs Verbänden (Fabrikarbeiter, Photographen, Portefeuiller, Schmiede, Steinsetzer und Textilarbeiter).

Die Ausgaben der einzelnen Gewerkschaften für Streikunterstützung schwanken zwischen 0,08 Mk. (Handlungsgehilfen) und 28,91 Mk. (Glasarbeiter), für Arbeitslosenunterstützung zwischen 0,05 Mk. (Bergarbeiter) und 27,85 Mk. (Notenstecher) und für Krankenunterstützung zwischen 20,76 Mk. ([illegible]) und 0,07 Mk. (Gärtner).

Die Invalidenunterstützung [illegible] im Jahre [illegible] Mk., [illegible] den Hutmachern [illegible] 14 Mk. [illegible]

Ein eigenes Verbandsorgan hatten 60 von 61 Verbänden. Von den Gewerkschaftsblättern erscheint eins wöchentlich dreimal, 33 erscheinen wöchentlich einmal, 13 zweiwöchentlich, 3 monatlich dreimal, 7 monatlich zweimal und 3 monatlich einmal. Die Gesamtauflage aller Blätter betrug im Berichtsjahre 2 077 643 (gegen 1 920 250 im Jahre 1906). Eine gewaltige Fülle von Aufklärung, Erziehung und Bildung ist es, die die Gewerkschaftspresse Jahr für Jahr im Dienste der Arbeiterbewegung leistet. Sie spannt die geistigen Fäden zwischen Großstadt, Landflecken und Gebirgswinkel, und verbindet die entferntesten Gegenden des Reichs miteinander.

Internationale Beziehungen wurden im Jahre 1907 von 40 Verbänden gepflegt. Zu den früher gepflegten Verbindungen kamen hinzu die Bäcker, Fabrikarbeiter, Portefeuiller, Schiffszimmerer und Schuhmacher.

*

So bestätigt die vorliegende Statistik der Gewerkschaften von neuem, daß dieselben an Stärke und Festigkeit gewonnen haben und mehr denn je Gewähr bieten, ihren Mitgliedern wie auch der gesammten Arbeiterklasse eine Schutzwehr gegen die Schäden der hereinbrechenden Wirtschaftskrisis, wie auch gegen die Angriffe des Unternehmertums zu sein. Die Gewerkschaften haben einen Stand erreicht, der ihnen Kraft und Selbstvertrauen gibt. Sie wissen, daß sie ein Faktor im Wirtschafts- wie im öffentlichen Leben geworden sind, dessen Bedeutung mehr und mehr anerkannt wird und dessen Einfluß sich weder das Unternehmertum, noch die Regierungen dauernd entziehen können. Deshalb blicken sie getrost in die Zukunft, die dem großen Ringen der Arbeiterklasse den Sieg verbürgt.

Die gelbe Schutztruppe der Unternehmer.

Die „reichstreuen Arbeitervereine", eine Spielart der Gelben, haben vor kurzem in Waldenburg in Schlesien ihren Vertretertag abgehalten. Die Verhandlungen fanden hinter verschlossenen Türen statt, nicht einmal Vertreter der Presse wurden zugelassen. Diese „Vorsicht" wird erklärlich, wenn man berücksichtigt, daß die Beratungen dieser Sippschaft sich ausschließlich darum drehen, wie man die eigenen Klassengenossen am besten verraten und den Unternehmern zu Ausbeutungsobjekten überliefern kann. Die Breslauer „Volkswacht" ist in der Lage, aktenmäßig nachweisen zu können, daß die Unternehmer die Kosten des gelben Kongresses trugen. Sie veröffentlicht ein Protokoll, aus welchem hervorgeht, daß der Verein für die bergbaulichen Interessen Niederschlesiens in seiner Vorstandssitzung vom 14. Juni 1908 auf ein Bettelschreiben des professionsmäßigen Arbeiterverräters Ermert beschlossen hat, den „Reichstreuen" 1500 Mk. zu geben, unter der Voraussetzung, daß der Verein der Reichsgelben den Unternehmern Rechenschaft über die Verwendung der bewilligten Gelder gibt. Diese Pauschalsumme wurde ausgeworfen, weil „die vollständig freie Bewirtung der Vertreter einschließlich des Ersatzes der Reisekosten zu weit gehe". Dem Ermert wurde eine ernste Rüge erteilt, weil er den Vertretertag anberaumt habe, ohne vorher mit den führenden Persönlichkeiten der Bergwerksindustrie in Verbindung zu treten, obwohl zu vermuten war, daß die Unternehmer den Löwenanteil der Beiträge zu leisten haben würden. Auch wurde der Zeitpunkt als ungeeignet bezeichnet und die Bergwerksherren stimmten nur deshalb dem Termin zu, weil das Unterbleiben auf die andern Arbeiterorganisationen einen ungünstigen Eindruck mache. Die „Reichsgelben" dürfen also auf Unternehmerkosten darüber beraten, wie sie es anstellen wollen, um noch schneller und noch mehr wie bisher moralisch zu verlumpen.

Weiter veröffentlicht die Breslauer „Volkswacht" einen Briefwechsel zwischen zwei Bergwerksdirektoren, den Herren Eckert und Pistorius.

In dem ersten Schreiben — Eckert an Pistorius — wird Beschwerde darüber geführt, daß der Vorstand des — reichstreuen Vereins in Waldenburg eine Eingabe an den Landtagsabgeordneten des Kreises, den Amtsgerichtsrat Krause habe abgehen lassen, die sich gegen die Anrechnung des Verdienstes der Ueberschichten und Sonntagsarbeit zum steuerpflichtigen Einkommen richtet. Herr Eckert hofft, daß eine solche Eingabe erfolglos bleiben werde. Eine Willfahrung dieses Wunsches würde nach der Meinung des Briefschreibers eine Ungerechtigkeit gegenüber den kleinen Gewerbetreibenden sein, die sich viel schlechter ständen, wie die petitionierenden Arbeiter. Der Herr drückt dann den Wunsch aus, daß der Vorstand des reichstreuen Bergarbeiterverbandes rechtzeitig davon abgebracht werden müsse, derartige Pläne zu verfolgen.

Auf diesen Brief ging von dem Bergwerksdirektor Pistorius, dem Patron des „Arbeiter"vereins, eine Antwort ein, die wir ihrer rücksichtslosen Offenheit wegen ganz wiedergeben wollen. Sie lautet:

Sehr geehrter Herr Kollege!

Zu Ihrem gefälligen Schreiben vom 10. Januar teile ich Ihnen ergebenst mit, daß es leider der Vorstand des reichstreuen Bergarbeiterverbandes versäumt hat, mir die geplanten Eingaben an Herrn Amtsgerichtsrat Krause und an den Reichskanzler vor der Absendung zur Einsichtnahme zuzusenden. Nach den Statuten wäre der Vorstand verpflichtet gewesen, in einer Sitzung diese Angelegenheit zu beraten und mich zu dieser Sitzung zuzuziehen. Das ist aber nicht geschehen, trotzdem ich wiederholt ersucht habe, demnächst eine Vorstandssitzung einzuberufen, in welcher ich den Herren eine allgemeine Richtschnur darüber geben wollte, wie die reichstreuen Bergarbeitervereine weiter in ihrer Propaganda vorwärts gehen sollten.

Im allgemeinen stehe ich nicht auf Ihrem Standpunkt, daß man die reichstreuen Bergarbeiter von allen Eingaben abhalten soll, die undurchführbar oder aussichtslos sind. Die Sozialdemokratie bringt regulär jedes Jahr eine ganze Menge Anträge ein, von deren Aussichtslosigkeit sie im voraus überzeugt ist, lediglich um für ihre Sache Propaganda zu machen. Wenn die reichstreuen Bergarbeitervereine nur solche Sachen einbringen wollen, von deren Durchführbarkeit sie und wir überzeugt sind, so werden sich überhaupt wenig Anträge finden lassen, die die Herren einbringen können.

Pistorius.

Also sogar die Absendung von Eingaben will der eine der Bergwerksdirektoren den Gelben verbieten, während der andre der Meinung ist, daß man ihnen das nicht verwehren solle, zumal es ja aussichtslos sei, also den Unternehmern nichts schaden könne. Mundus vult decipi (die Welt will betrogen sein) ist der Wahlspruch dieser Herren, und die gelben Rausreißer geben ihnen wirklich Ursache zu solchen Grundsätzen.

Nachträglich wird noch bekannt, daß der Verein für die bergbaulichen Interessen Niederschlesiens in einer geheimen Sitzung vom 24. August d. J. dem „Bunde vaterländischer Arbeitervereine" wie im Vorjahre, 3000 Mark unter der Bedingung bewilligt hat, daß dem Verein die nötige Anzahl von Exemplaren des gelben Bundesorgans „Deutsche Treue" zur Gratisverteilung an die Arbeiter zur Verfügung gestellt werden. Die moralische Brunnenvergiftung soll also nach wie vor nachdrücklich betrieben werden.

Ueber die Verhandlungen des Verbandstags wird berichtet, daß 75 Delegierte als Vertreter von „rund" 10 000 Arbeitern anwesend waren. Danach sieht es mit dem Wachstum der Gelben bös aus, denn auf der Gründungsversammlung im Vorjahr in Hamburg waren angeblich 7500 Mitglieder vertreten. Inzwischen haben sich laut Bericht der Unternehmerpresse 34 weitere Verbände dem Bunde angeschlossen. Wenn trotzdem heute nur „rund" 10 000 Mitglieder vorhanden sind, so beweist das, daß die deutschen Arbeiter der gelben Lumpentheorie keine Sympathie entgegenbringen und trotz aller kapitalistischen Terrorismusversuche den gelben Klüngeln fernbleiben. Bezeichnend ist, daß zu den Beratungen, bei denen sogar die Vertreter der Presse ausgewiesen wurden, **Vertreter der Arbeitgeberverbände** zugegen waren. Auch der Verein der Ton-, Zement- und Kalk-Industrie hatte einen Vertreter geschickt.

Aus dem Geschäftsbericht des Bundes ist noch die Stelle bemerkenswert, wo es heißt: „Wir trachten nach einem sicheren und ehrlichen Frieden mit den Unternehmern, um frevelhafte Ausstände schon im Keime ersticken zu können."

Was „frevelhafte Ausstände" sind, bestimmen natürlich die Unternehmer, die gelben Brüder müssen bedingungslos den Rausreißer spielen.

Bei der Behandlung des Themas: Stellung zu andern Berufsverbänden wurde über die mangelnde Friedfertigkeit der übrigen „nichtsozialdemokratischen" Verbände geklagt. Die Hirsch-Dunckerschen sind politisch nicht neutral. Die Christlichen halten zuviel mit den „sozialdemokratischen" zusammen. Auch mit den katholischen Fachabteilungen und den „Gelben" (der Bund will nicht „gelb" sein, wir bringen weiter unten einen Protest gegen die Bezeichnung) hat er sich nicht vertragen können. Den christlichen Gewerkschaften wurde versichert, daß der Bund die kirchliche Gleichgültigkeit nicht begünstige, sondern seinen Mitgliedern auch die „Gottesfurcht" zur Pflicht mache. Fast wie ein Aprilscherz klingt es, daß dem Bundesvorstand „anheimgegeben" wurde, bei den Unternehmern die Bewilligung eines Erholungsurlaubs zu befürworten. Gleichsam als ob die Gesellschaft über ihre eigene „Kühnheit" erschreckt sei, wurde dieser Anheimgabe gleich angefügt, daß die Arbeiter sich selbstverständlich für solche Einrichtung durch Fleiß und Treue dankbar erweisen müßten.

Den Gipfel der Selbstkastrierung dieser famosen „Arbeiter"-Vereinigung bildet ein Beschluß, nach dem der Bundesvorstand ersucht wurde, bei der Gesetzgebung Schritte zu unternehmen,

daß dem herrschenden Koalitionszwang ein Ende gemacht werde.

Da es einen Koalitionszwang in Deutschland nicht gibt, kann mit dieser Aufforderung nichts andres gemeint sein, als daß das Koalitionsrecht noch mehr beschränkt und beschnitten wird. Erreichen wollen die Burschen damit eine Erschwerung des Beitritts zu den freien Gewerkschaften, weil sie glauben, daß dadurch ihrer eigenen Schwindsucht begegnet werden könnte. Daß Arbeiter im 20. Jahrhundert die Gesetzgebung um Beschneidung ihrer ohnehin kümmerlichen Rechte ersuchen, ist ein Beweis für den korrumpierenden Einfluß, den die Unternehmer auf die von ihnen abhängigen Bundesführer ausüben. Die Arbeiter, die solch wahnwitzigem Begehren ihre Zustimmung geben, müßten ausgestopft und für spätere Zeiten im Panoptikum aufbewahrt werden. So lange sie aber noch als lebende Wesen herumlaufen, sollte man ihnen einen respektablen Schwanz an den Hosenboden flicken; einmal, damit sie ihrer unsäglichen Demut auch durch Wedeln Ausdruck geben könne, dann aber auch als Kennzeichen für alle aufrechten und ehrlichen Menschen.

Nicht uninteressant ist, daß auch eine Hirsch-Dunckersche Organisation, der Gewerkverein der Fabrik- und Handarbeiter, seine Teilnahme an dem Kongreß zugesagt hatte. Er scheint sich aber nachträglich eines bessern besonnen zu haben, denn die „Bresl. Morgen-Zeitung.", die berichtet hatte, der Gewerkverein sei vertreten gewesen, erhielt folgende originelle Berichtigung vom „Bund vaterl. Arbeitervereine":

„Mit Bezug auf eine Notiz der „Bresl. Morg.-Ztg.", daß an der Tagung des „Bundes vaterländischer Arbeitervereine", abgehalten am 4., 5. und 6. September zu Waldenburg i. Schl., der Gewerkverein der Fabrik- und Handarbeiter Waldenburg nicht teilgenommen hat, und daß es nicht der Wahrheit entspricht, den Bund und seine einzelnen Vereine als „gelbe Gewerkschaften" zu bezeichnen."

Zunächst bleibt es doch recht bezeichnend, daß der Gewerkverein nicht selbst, wenn ihm Unrecht geschehen, sich seiner Haut wehrt, sondern ausgerechnet den Bund der Vaterländischen seinen Sachwalter spielen läßt. Aber außerdem muß die Sache denn doch einen ganz bedenklichen Haken haben, denn sonst würde doch nicht gerade die „Breslauer Morgen-Zeitung", die den Hirsch-Dunckerschen sehr nahe steht und gewiß nicht aus Gehässigkeit etwas sich aus den Fingern gesogen hat, die Nachricht zuerst gebracht haben. Uebrigens deutet das Blatt in seiner jetzigen Erwiderung an, daß die Waldenburger Fabrikhirsche, „dem Drängen der Brudervereine nachgebend, in letzter Stunde" sich erst entschlossen haben, dem Feste fernzubleiben. Also die Absicht bestand — und das genügt uns schon.

Diese Absicht ist angesichts der Geistesverwandschaft der Hirsche mit den Gelben auch gar nicht sonderlich verwunderlich. Wer da sieht, wie weit die Hirsche zurzeit die Arme ausstrecken, um den gelben Bund der Brauergesellen aufzunehmen, der wird die Hinneigung des an Mitgliederflucht seit Jahren krankenden Gewerkvereins der Fabrik- und Handarbeiter zu den Gelben durchaus begreiflich finden.

Der Protest des Bundes gegen die Bezeichnung „gelbe Gewerkschaften" ist lächerlich, wenn er sich gegen das Wort „gelbe" richtet, er ist aber berechtigt, wenn er gegen das Wort „Gewerkschaften" gekehrt ist. Bessern wir uns also und sagen wir: Gelbe Sippschaft.

Bericht über die Konferenz des Gaues 1

(Sitz Hannover).

Am 6. und 7. September fand die Gaukonferenz in Halberstadt im Gewerkschaftshause statt. Anwesend waren 68 Delegierte aus 63 Zahlstellen; 33 Zahlstellen waren nicht vertreten. Außerdem war der Gauvorstand durch 3 Mitglieder und der Hauptvorstand durch den Redakteur, Kollegen Schneider, vertreten. Nach Erledigung des ersten Punktes der Tagesordnung erstattete der Gauvorsitzende den Bericht des Gauvorstandes. Er betonte dabei, daß auch diese zweijährige Agitations- und Organisationsarbeit von Erfolg begleitet war und uns zweifellos unsern gewerkschaftlichen Zielen näher gebracht habe. War das erste Jahr der Berichtszeit infolge der wirtschaftlichen Hochkonjunktur ein Jahr des Kampfes, so drückte der wirtschaftliche Niedergang im zweiten Jahre unsern Arbeiten seinen Stempel auf. Denn in der Zeit der wirtschaftlichen Krise das Errungene zu erhalten, die Mitglieder zu tüchtigen Kämpfern zu erziehen, sei ebenfalls ein Erfolg. Vom Gauvorstand wurden abgehalten: 134 öffentliche Versammlungen, 56 Mitgliederversammlungen, 183 Betriebsversammlungen und 38 Hausagitationen. 22 Zahlstellen wurden neu gegründet, während 5 eingegangen und 18 mit andern Zahlstellen verschmolzen sind. Die Mitgliederzahl stieg von 18 311 am 1. April 1906 auf 26 869 am 1. Juli 1908. Der schriftliche Verkehr mit dem Gauvorstand war ein sehr reger. Sehr eingehend beschäftigte sich der Berichterstatter mit solchen Lohnbewegungen, welche durch Anwendung falscher Taktik und ohne Beachtung des Streikreglements verloren gegangen sind. Im allgemeinen kann konstatiert werden, daß die Erfolge unsrer Lohnbewegungen sehr günstig sind. In 114 Betrieben wurde für 576 Personen eine durchschnittliche Verkürzung der Arbeitszeit von 5,2 Stunden pro Woche, in Summa 2986 Stunden pro Woche erzielt. Weiter wurde erreicht für 7772 Personen eine Erhöhung des Lohnes um durchschnittlich 2,48 Mk. pro Woche, in Summa 19 270 Mk. pro Woche oder 1 022 240 Mk. pro Jahr. Dies sei ein bedeutender Fortschritt, welcher den noch Fernstehenden vor Augen gehalten werden müsse. Die Revisionstätigkeit von seiten des Gauvorstandes war gleichfalls eine sehr umfangreiche und wird in Zukunft noch mehr Augenmerk darauf gerichtet werden, weil eine gute, gewissenhafte und praktische Führung der Geschäfte die Vorbedingung für eine gedeihliche Organisationsarbeit ist. Die Verlegung des Sitzes des Gauleiters von Magdeburg

nach Hannover hatte sich aus praktischen Gründen als notwendig erwiesen.

Der Kassenbericht weist eine Einnahme von 5455,57 Mk. auf (darunter Zuwendungen aus Zahlstellen 147,50 Mk.), bei einem Kassenbestand von 15,32 Mk. Gewünscht wird, daß die Zahlstellen mehr Zuwendungen an die Gaukasse machen.

In der Diskussion wird über eine ganze Reihe von Lokalabtreibungen geklagt; die Anwendung und Verbreitung schwarzer Listen sei von dem Unternehmertum systematisch betrieben worden. Die traurigsten Verhältnisse bestehen in der chemischen Industrie. Diesem Industriezweig müsse noch mehr Beachtung wie bisher geschenkt werden.

Im Schlußwort ging Kollege Großmann auf einige Punkte näher ein und versprach, daß, wenn noch ein zweiter Gauleiter angestellt sei, auch für Schulung, Belehrung und Bildung der Mitglieder mehr getan werden solle.

Ueber den innern Ausbau der Organisation referierte Redakteur Kollege Schneider-Hannover. Sehr eingehend legte er klar, wie die gewerkschaftliche Organisation ein ganz natürliches Produkt der wirtschaftlichen Verhältnisse sei, wie das Interesse des Unternehmers dem Interesse des Arbeiters zuwiderlaufe, und deshalb der Arbeiter, als der wirtschaftlich Schwächere, nur durch die Vereinigung mit seinen Berufskollegen seine Interessen nachdrücklich vertreten könne. Es genüge aber nicht, die Organisation einfach zu schaffen, es müsse vielmehr unablässig an ihrem Ausbau gearbeitet werden. Auf Grund praktischer Erfahrungen schildert er dann die innern Einrichtungen der Zahlstellen, die Aufgaben der Funktionäre, die verschiedenen Arten der Agitation usw. Eine Debatte fand zu diesem Punkte nicht statt.

Ueber den Verbandstagsbeschluß, Verschmelzung von Zahlstellen betreffend, referierte Frenzel-Magdeburg. An der Hand von einwandfreiem Material zeigte Redner, wie die Verschmelzung von kleineren Zahlstellen zu einem Agitationsgebiet den Mitgliedern, wie auch der Gesamtorganisation nützlich sei. Der Grund gegen die Verschmelzung sei nur in der Voreingenommenheit gegen die großen Zahlstellen, sowie in der Halsstarrigkeit einzelner Kollegen zu suchen. Dem müsse entgegengewirkt werden, und die Delegierten hätten dafür zu sorgen, daß die Resolution des Verbandstags in den Zahlstellen auch respektiert werde.

In der Debatte wurde das Verhalten einiger Zahlstellen verurteilt, welche als Gegner der Verschmelzung sich nicht an der Konferenz beteiligten. Im allgemeinen werden sachliche Gründe gegen den Zusammenschluß nicht vorgebracht. Großmann-Hannover stellt fest, daß es sich für die Konferenz auch nur darum handeln kann, die Beschlüsse des Verbandstags durchzuführen, nicht aber darum, etwas daran zu ändern. Trotz der Krise habe sich der Verband in den Zahlstellen, wo die Verschmelzung vorgenommen wurde, bedeutend entwickelt. Dort, wo Ausdehnungsmöglichkeit vorhanden sei, bedeute die Verschmelzung eine Erleichterung für die Verwaltungen.

Im Schlußwort macht Frenzel-Magdeburg einige Richtigstellungen und spricht die Hoffnung aus, daß durch wahrheitsgemäße Berichterstattung die Antipathie falle und die Konferenz gute Früchte in der Verschmelzungsfrage zeitigen werde.

Die zur Agitation vorliegenden elf Anträge werden sämtlich dem Haupt- und Gauvorstand zur Berücksichtigung überwiesen. Eine längere Debatte entwickelte sich über den Antrag zwecks Aufnahme einer Statistik über Berufskrankheiten und deren Gefahren in der chemischen Industrie. Im Verlauf der Debatte wurde nachstehende Resolution beantragt und einstimmig angenommen.

„Die schädlichen Wirkungen der Arbeitsleistung in chemischen Betrieben für Leben und Gesundheit sind allgemein bekannt. Massenhaft erleiden die in diesen Betrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen dauernden Schaden an ihrer Erwerbsfähigkeit infolge der sogenannten Berufskrankheiten, die in Wirklichkeit nichts andres sind als Verletzungen, hervorgerufen durch die Arbeitstätigkeit. Nach der heutigen Judikatur in der Reichsunfallversicherung werden jedoch die zahllosen Opfer dieser Art Verletzungen nicht entschädigt für den Verlust an Erwerbsfähigkeit. Hier liegt eine der herbsten Ungerechtigkeiten der heutigen Unfallversicherung vor. Die industriellen Scharfmacher in den Arbeitgeber-Organisationen haben seit je der Unfallversicherung feindlich gegenübergestanden. In letzter Zeit mehren sich aber die Anzeichen bedenklich, die darauf schließen lassen, daß statt einer Verbesserung der Arbeiterversicherung eine Verschlechterung in Vorbereitung ist. Gegenüber diesen arbeiterfeindlichen Bestrebungen verlangt die Gaukonferenz mit aller Energie im Interesse der Arbeiter und Arbeiterinnen der chemischen Industrie den Ausbau der Unfallversicherung in der Richtung, daß die Berufskrankheiten als Betriebsunfall anzusehen und deren Folgen zu entschädigen sind."

Folgende Anträge werden einstimmig angenommen:

Das Gaureglement ist dahin zu ändern, daß größere Zahlstellen zwei bis drei Delegierte zur Gaukonferenz entsenden können. — Die Gaukonferenz hat jedesmal vor dem Verbandstag stattzufinden. — Den kleinen und finanziell schwachen Zahlstellen sollen von den größeren Mittel zur Beschickung der Konferenz zur Verfügung gestellt werden. — Eine Reihe andrer Anträge war bereits durch Verbandstagsbeschluß erledigt. Als Ort für die nächste Gaukonferenz wird Braunschweig gewählt. Die Verhandlungen waren damit erledigt.

Nach einem kräftigen Schlußwort des Gauvorsitzenden Großmann-Hannover, worin er die Delegierten aufforderte, für die weitere Ausbreitung unsres Verbandes zu sorgen und die gefaßten Beschlüsse in die Tat umzusetzen, wurde die Konferenz mit einem Hoch auf unsre Organisation geschlossen. A. L.

Gaukonferenz des Gaues 6.

Am Sonntag, dem 6. September, fand die Gaukonferenz des Gaues 6 im Gewerkschaftshause in Stuttgart statt. Anwesend waren 29 Delegierte. Vom Gauvorstand waren vier Vertreter erschienen. Die Tagesordnung lautete: 1. Bericht des Gauleiters, Bericht des Kassierers. 2. Agitations- und Organisationsfragen im Gau 6. 3. Beschlüsse des Münchner Parteitags. 4. Anträge und Allgemeines.

Der Geschäftsbericht, welcher den Delegierten vervielfältigt vorlag, umfaßt den Zeitraum vom 1. Juli 1906 bis 30. Juni 1908. Aus demselben ist hervorzuheben, daß die Zahl der Mitglieder im Gau von 3166 am 1. April 1906 auf 5168 am 1. Juli 1908 gestiegen ist. Lohnbewegungen waren in diesen zwei Jahren 80 zu führen. Davon wurden ohne Streiks 71 durchgeführt, in 9 Fällen kam es zum Streik. An den Lohnbewegungen waren 5786 Personen beteiligt, erreicht wurde eine Lohnerhöhung von 12303 Mk. pro Woche oder 639756 Mk. pro Jahr. Tarifverträge wurden neun abgeschlossen für 1040 Personen. An den Streiks waren 602 Personen beteiligt, die Kosten derselben betrugen 8016,80 Mk. An Streiks andrer Organisationen waren 87 Mitglieder beteiligt, die Kosten derselben betrugen 4953 Mk. In drei Fällen waren 23 Mitglieder mit andern Organisationen ausgesperrt, der Kostenpunkt betrug hier 958,30 Mk. In 23 Fällen entstanden Differenzen wegen Lohnreduzierung und Maßregelung, bei welchen der Gauleiter eingegriffen hat. 45 gemaßregelte Kollegen mußten unterstützt werden, die hierfür aufgewendete Summe betrug 3106,95 Mk. An Erwerbslosenunterstützung haben die Mitglieder im Gau bezogen: für Krankheit 32900 Mk., für Arbeitslosigkeit 3211,40 Mk. Die Gesamtagitation im Gau hat immer noch darunter zu leiden, daß sehr wenig Kollegen vorhanden sind, die agitatorisch tätig sein können. Außerdem ist die für uns in Betracht kommende Industrie zu einem großen Teil einzeln auf ländliche Orte verteilt, in welchen nur sehr schwer anzukommen ist. Dies trifft für die Papierindustrie in allererster Linie zu. Dann lassen es auch verschiedene Zahlstellen an der nötigen Agitation fehlen, wenn da von seiten des Gauvorstandes nicht immer wieder gebohrt wird, geschieht überhaupt nichts. Ebenso verhält es sich mit der Hausagitation, auch hier wollen die einzelnen Zahlstellen nicht recht daran gehen, und doch wird dies für die nächste Zeit die hauptsächlichste Agitation sein müssen.

Mit den Abrechnungen ist es etwas besser geworden, immerhin sind es noch einige Zahlstellen die es versäumen, die Abrechnung in dem vorgeschriebenen Zeitraum vorzunehmen. Die Kosten für Mahnungen und event. Revisionen könnten gespart werden, wenn sich die betreffenden Orte an etwas mehr Pünktlichkeit gewöhnen würden.

Den Kassenbericht gab der Kollege Molt. Ausstellungen wurden an demselben nicht gemacht. — In der an den Bericht sich anschließenden Diskussion schilderten die Kollegen hauptsächlich die Schwierigkeiten, mit denen sie in den einzelnen Orten zu kämpfen hätten, besonders jetzt während der Krisenzeit, wo die Unternehmer alles aufbieten, um den Arbeitern die Organisation zu verleiden. Dem Kassierer wurde, entsprechend einem Antrage der Revisoren, Entlastung erteilt.

Zum zweiten Punkt referierte Kollege Wörner. Er schilderte die Agitationsweise von jetzt und früher. Die Zeiten, wo durch öffentliche Versammlungen die Mitgliederzahl gehoben werden konnte, seien vorüber, die rastlose Kleinarbeit müsse an deren Stelle treten. Je wie die örtlichen Verhältnisse liegen, müsse sich die Agitation, anpassend an diese, vollziehen; unermüdlich müßten die Mitglieder zur mündlichen Agitation angespornt werden, die Betriebs- und Abteilungsversammlungen sollten weiter mit der nötigen guten Vorbereitung und Umsicht abgehalten werden und die Einleitung einer allgemeinen Hausagitation für diesen Herbst und Winter müsse im ganzen Gau vor sich gehen. In Versammlungen der Vertrauensleute und Funktionäre, die der Reihe nach jetzt abgehalten werden, sollten die weitern Arbeiten durchbesprochen werden. Zur Hausagitation wird einheitlich hergestelltes Material vom Gauvorstand geliefert.

Zum dritten Punkt: Beschlüsse des Verbandstags, referierte Kollege Wagner. Einstimmigkeit herrschte darüber, daß durch die Beschlüsse dieses Verbandstags den Mitgliedern wieder gutes Agitationsmaterial geliefert worden ist. Bezüglich des freiwilligen 50-Pfennig-Beitrags wurde beschlossen, daß vom Gauvorstand Zirkulare herausgegeben werden, in welchen den Mitgliedern die Vorteile, die diese Beitragsklasse mit sich bringt, auseinander gesetzt werden. Diejenigen, welche diesen Beitrag entrichten wollen, haben dies auf der angehängten Erklärung unterschriftlich zu bekunden. Diese Zettel werden von den Hilfskassierern wieder eingesammelt. Unter Punkt „Allgemeines" wurde seitens des Gauvorstandes beantragt, daß alle Zahlstellen, welche ungefähr 150 Mk. und darüber Einnahmen im Quartal haben, sich eiserne diebessichere Kassetten anschaffen müssen. Nach einer eingehenden Begründung seitens des Kollegen Wörner und nach reger Debatte wurde diesem Antrage zugestimmt, zugleich aber auch der Gauvorstand beauftragt, ein Gesuch an den Vorstand einzureichen, um Gewährung eines Zuschusses zu den Kosten, da eine Reihe von Zahlstellen nicht die nötigen Mittel hierzu zur Verfügung habe. Des ferneren wurde darauf hingewiesen, daß die Zahlstellen für die Zukunft die nötigen Personalkarten, soweit dieselben eingeführt sind, vom Vorstand zu einem bedeutend billigeren Preise beziehen können, ebenso Karten zum Kassieren der Beiträge. — Als nächster Tagungsort wurde Karlsruhe bestimmt. Kurz vor 6 Uhr abends war die Tagesordnung erledigt. Der Kollege Wörner ermahnte die Kollegen, das heute hier Gehörte zu beherzigen und alles daran zu setzen, um auch in den jetzigen schwierigen Zeiten die Organisation vorwärts zu bringen. Einig ist das Kapital in der Knebelung der Arbeiterklasse! Einig müssen wir sein, um unsre Lebenslage zu verbessern!

Gaukonferenz des Gaues 7.

Am 5. und 6. September d. Js. fand in Schwetzingen, Lokal „Zum wilden Mann", die Gaukonferenz mit folgender Tagesordnung statt: 1. Bericht des Gauvorstandes, a) des Vorsitzenden, b) des Kassierers. 2. Die wichtigsten Beschlüsse unsres 9. Verbandstags. 3. Gewerkschaften und Krise. 4. Anträge und Verschiedenes. Vom Gauleiter Kollegen Prüll wurde die Konferenz mit einer Ansprache an die Anwesenden und Bekanntgabe vorstehender Tagesordnung am 5. September, 8½ Uhr, eröffnet. Kollege Berlinghof begrüßte im Namen der Zahlstelle Schwetzingen die Delegierten und wünschte den Verhandlungen guten Erfolg.

Zum ersten Punkt: Berichterstattung des Gauvorstandes, erhielt Kollege Prüll-Ludwigshafen das Wort. Der Tätigkeitsbericht erstreckt sich auf drei Quartale. An Hand einer Zusammenstellung des Mitgliederbestandes der einzelnen Zahlstellen des jetzt 28, früher 40 Zahlstellen umfassenden Gaues erläuterte der Referent die prozentuale Ab- und Zuname. Teilweise ist der Rückgang der Zahlstellen durch Anschluß kleinerer Zahlstellen an größere erfolgt, anderenteils sind etliche Zahlstellen infolge Eingehens der am Orte befindlichen Industriezweige, auch wegen Mangels an geeigneten Personen, die die Leitung hätten übernehmen können, eingegangen. Neben den wichtigsten Zahlstellen Mannheim, Ludwigshafen, Frankenthal und Speier haben sich die kleinen nicht nur behauptet, sondern zum Teil sogar gut entwickelt. Die agitatorische Tätigkeit ist durch Abhaltung von 119 öffentlichen, 121 Mitglieder-, 228 Betriebsversammlungen, ferner durch 39 Gauvorstandssitzungen, 26 Revisionen, 3 Konferenzen, die sich in der Hauptsache mit der Verschmelzungsfrage beschäftigten, und einer Agitationstour der Kollegin Lungwitz-Berlin, welche in 30 Versammlungen referierte, zum Ausdruck gekommen. Die Kosten für die Agitationstour betrugen 439,85 Mk., wovon die Zahlstellen 342,05 Mk. übernahmen, sodaß die Gaukasse mit 97,60 Mk. belastet wurde. Der Gauvorstand griff bei Streiks, Aussperrungen und sonstigen Differenzen 42 mal ein. In 30 Fällen handelte es sich um Lohnforderungen, davon wurden 19 mit Streik durchgeführt, gleich 63,3 Prozent, dagegen 11 ohne Streik, gleich 36,6 Prozent. 19 von den 30 Lohnbewegungen waren von Erfolg, 11 dagegen erfolglos. Tarife wurden 14 abgeschlossen. Von den 19 mit Streik durchgeführten Bewegungen endeten 11 mit Erfolg, dagegen 8 ohne Erfolg. Von den 11 ohne Streik durchgeführten Bewegungen endeten 8 mit Erfolg, ohne Erfolg 3. Von den 4 Aussperrungen verliefen 3 erfolglos für die beteiligten Arbeiter, 1 dagegen mit Erfolg (Leimfabrik Dr. Zimmermann). Sonstige Differenzen sind 9 zu verzeichnen, wovon 6 mit Erfolg ihre Erledigung fanden, 3 blieben ohne Erfolg.

Zum Kassenbericht erhielt Kollege Stich-Ludwigshafen das Wort. Die Einnahmen betrugen 5435,59 Mk., denen eine Ausgabe von 5205,93 Mk. gegenübersteht. Demnach bleibt ein Kassenbestand von 229,93 Mk. Dem Kassierer wurde ohne Diskussion Decharge erteilt. Nach dem Bericht der Mandatprüfungskommission waren 57 Delegierte anwesend. Sämtliche Mandate wurden für gültig erklärt. Fußgönnheim und Jockgrim waren nicht vertreten. Der Gauvorstand war durch drei Personen, der Hauptvorstand durch den ersten Vorsitzenden, Kollegen Brey-Hannover, vertreten. Die Diskussion über den Bericht des Gauvorstandes war eine sehr rege, so daß bei Vertagung der Verhandlungen um 12 Uhr nachts der erste Punkt noch nicht erledigt war, vielmehr am Sonntag früh 8 Uhr die Debatte eifrig fortgesetzt wurde, ein Beweis, daß die Kollegen bestrebt waren, den weitern Ausbau unsrer Organisation zu fördern. Die Gesamttätigkeit des Gauleiters wurde als befriedigend anerkannt. Die Delegierten brachten die Wünsche der einzelnen Zahlstellen vor und gaben neue Anregungen. Der Arbeitsnachweis der Unternehmer in Mannheim wurde als wichtiger Punkt in der Debatte mit behandelt. In seinem Schlußworte stellte Kollege Prüll verschiedene Angriffe gegen seine Tätigkeit richtig, forderte die Zahlstellenleiter auf, in Zukunft der Gaukasse mehr Mittel aus den Lokalkassen zur Verfügung zu stellen, damit auf dem Gebiete der Agitation noch mehr geleistet werden kann, und schloß mit einem warmen Appell an die Delegierten zur fleißigen Mitarbeit und Ausdauer.

Zum zweiten Punkt: Die wichtigsten Beschlüsse des 9. Verbandstags, referierte Kollege Haupt-Ludwigshafen. In sachlicher Weise unterbreitete Redner, unter Berücksichtigung seiner eigenen Meinung, den Wert und die speziellen Vorteile der wichtigsten Beschlüsse, sowie die Aenderung des Statuts, Streikunterstützungs- und Sterbegelderhöhung, Erweiterung und bessere Ausgestaltung unsres Verbandsorgans. Trotz dieser Verbesserungen wurde von einer obligatorischen Beitragserhöhung Abstand genommen. Als wichtigster Punkt der Verhandlungen des 9. Verbandstags gilt zweifellos die Landarbeiterfrage. Der Beschluß, die Landarbeiter vom Fabrikarbeiterverband abzutrennen und dadurch die Möglichkeit einer lebensfähigen Organisation für die etwa 8000000 Landarbeiter zu schaffen, ist ein Marksteln in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Für den Gau 7 ist der Beschluß betreffs der Verschmelzung der Zahlstellen zu einem gemeinsamen Wirtschaftsgebiet von tief einschneidender Bedeutung, da bei eventuellen Lohnbewegungen eine einheitliche Leitung notwendig ist, und die Vorarbeiten nur durch einen Zentralkörper ordnungsgemäß gelöst werden können. In der Diskussion sprachen die Delegierten fast ausnahmslos nur zur Verschmelzungsfrage. Eine Anzahl der Kollegen, die vordem noch Gegner der Verschmelzung waren, haben jetzt ihre Ansicht geändert; einzelne Kollegen, die es noch fertig bringen, ihre eigenen Beschlüsse nicht zu respektieren, werden sich hoffentlich auch bald besinnen. Die Verschmelzungsgegner erklärten: wohl seien sie speziell für den Zusammenschluß der gesamten werktätigen Bevölkerung, nur in ihren Orten halten sie den Zeitpunkt noch nicht für geeignet, sich innerhalb ihrer eigenen Organisation zu größern Verwaltungskörpern zu zentralisieren. In seinem Schlußwort wies Kollege Haupt darauf hin, daß die Delegierten nur auf die Verschmelzungsfrage eingegangen sind, während die andern Beschlüsse trotz ihres Allgemeininteresses vor dieser Frage zurückstehen mußten. Etwas mehr Entgegenkommen in der einen und etwas mehr Weitblick in der andern Sache wäre wohl am Platze gewesen.

Zum vierten Punkt: Anträge betreffend, wurde auf Vorschlag des Vorsitzenden eine Vorberatungskommission, aus den Kollegen Haupt, Buckert, Hick, Dietz und Kern-Ludwigshafen bestehend, gewählt.

Zum dritten Punkt referierte Kollege Brey-Hannover über: „Gewerkschaften und Krise". In leicht verständlichee Weise und praktischen Beispielen erläuterte der Referent die wirklichen Ursachen der wirtschaftlichen Krise. Dieselbe sei nicht nur wie ihre Vorgängerinnen 1891 und 1901 auf wirkliche Geldknappheit oder Finanzmangel zurückzuführen; die großen Aktien- und auch Privatbetriebe hätten trotz der Krise ganz enorme Summen als Dividende, Tantiemen und Abschreibungen herausgewirtschaftet. Der Grund der Krise liege mit in der verminderten Kauffähigkeit der konsumierenden Bevölkerung; durch Verkürzung der Löhne sei das Proletariat nicht in der Lage, sich die notwendigsten Bedarfsartikel zu leisten. Noch heftiger aber würden die Schrecken der Krise einsetzen, wenn die Unterstützungseinrichtungen bei Erwerbslosigkeit bei den freien Gewerkschaften nicht eingeführt wären. Eine Diskussion zu diesem Referate fand nicht statt, wohl ein Beweis, daß die Anwesenden mit den Ausführungen des Referenten einverstanden waren.

Zum vierten Punkt erstattete Kollege Haupt Bericht über die Tätigkeit der Antragsvorberatungskommission. Beschlossen wurde: 1. Die Orte Frankenthal, Ludwigshafen und Mannheim zu einem gemeinsamen Verwaltungsbezirk zu verschmelzen, die Ortsverwaltungen der Orte in allernächster Zeit zur Beschlußfassung zu veranlassen. 2. Ein Antrag Mannheim-Waldhof: Die Gaukonferenz möge dahin wirken, daß die Zahlstellen, deren Mitglieder im Industriegebiet Mannheim beschäftigt sind, dem Gau 7 angeschlossen werden (in Betracht kommen Lampertheim, Bürstadt, Biblis, Lorch und Viernheim), ist durch den Verbandstagsbeschluß als für erledigt zu betrachten. 3. Ein weiterer Antrag Mannheim-Waldhof: Der Gauleiter ist verpflichtet, im Jahre mindestens einmal in den Zahlstellen, sowie in den größern Sektionen Bericht über seine Tätigkeit zu erstatten, wurde als undurchführbar abgelehnt. 4. Ein Antrag Frankenthal, mit einem Zusatzantrag: Die Gaukonferenz hat in Zukunft vor dem Verbandstag stattzufinden, um eventuelle Anträge vom ganzen Gau an den Verbandstag zu stellen, und dieses wird als Antrag dem nächsten in Halle stattfindenden Verbandstag unterbreitet, wurde angenommen. 5. Ebenso wird ein Antrag angenommen, der besagt, daß in Zukunft der Geschäftsbericht des Gauvorstandes den Delegierten vor der Konferenz gedruckt zugestellt werden soll. Zwei weitere Anträge weniger wichtiger Natur wurden abgelehnt, respektive nicht genügend unterstützt.

Als Tagesordnung der nächsten Gaukonferenz wurde Ludwigshafen mit 27 Stimmen gewählt. Mit warmen aufmunternden Worten an alle Anwesenden, welche, ohne Ausnahme den Verhandlungen bis zum Schluß beigewohnt hatten, schloß der Vorsitzende, den Schwetzinger Kollegen für die gebotenen Zuvorkommenheiten dankend, um 5½ Uhr die Konferenz. R. Z.

Aus der Papierindustrie.

Die Sonntagsruhe in Papierfabriken.

Die letzte Generalversammlung des Vereins deutscher Papierfabrikanten streifte auch kurz die Frage der Sonntagsruhe in Papierfabriken. Kommerzienrat Zanders bemängelte nämlich die ungleiche Anwendung der diesbezüglichen Bestimmungen der Gewerbeordnung und stellte dazu folgenden Antrag:

„Die Bestimmungen der Gewerbeordnung über die Sonntagsruhe finden in verschiedenen Verwaltungsbezirken des Reichs eine sehr verschiedene Auslegung. So ist in einzelnen Landesteilen absolute Sonntagsruhe während des ganzen Jahres durchgeführt, während in andern Ausnahmen in einer Weise gestattet werden sollen, die, wenn es tatsächlich der Fall ist, eine ungerechtfertigte Vergünstigung darstellen würden. Die Versammlung wünscht dem deutschen Papiermacher in dem schweren Kampf gleiche Waffen in die Hand zu geben und beauftragt den Vorstand, die Frage gleichmäßiger Handhabung der Bestimmungen über die Sonntagsruhe zum Gegenstand einer eingehenden Prüfung zu machen, und wenn sich Mißstände vorfinden sollten, Schritte zur Abhilfe zu tun."

Bemerkenswert ist daß das leitende Moment für den Antragsteller nicht die Notwendigkeit der Sonntagsruhe für die Arbeiter, sondern die ungleiche Anwendung derselben in den verschiedenen Landesteilen ist. Weil durch die laxe Handhabung der gesetzlichen Bestimmungen in einzelnen Landesteilen die Fabriken in den Gegenden, die sich weniger „nachsichtiger" Behörden erfreuen, benachteiligt werden, deshalb der Eifer für die allgemeinen Sonntagsruhe. Es ist nicht uninteressant, das festzuhalten, weil die Herren sehr oft die wahren Triebkräfte ihres Reformeifers zu verdecken suchen und den Konkurrenzneid unter dem Mantel sozialpolitischer Einsicht verbergen wollen. In der Sache selbst, das sei ausdrücklich hervorgehoben, sind wir in diesem Falle mit dem Antragsteller, wie auch mit dem Vermin der Papierfabrikanten, der den Antrag annahm, vollständig einverstanden. Es ist ein unerhörter Zustand, daß einzelne Verwaltungsbehörden von dem Recht das ihnen die §§ 105 e bis f der Gewerbeordnung geben, in einer Weise Gebrauch machen, daß die Sonntagsruhe geradezu zur Ausnahme und die Arbeit zur Regel wird. Wenn die Unternehmer jetzt dagegen Front machen wollen, kann uns das nur recht sein. Wir registrieren auch gern, daß Herr Zanders in der Begründung seines Antrags die Einführung der Sonntagsruhe pries, können aber nicht umhin, hier daran zu erinnern, daß gerade die Papierfabrikanten sich gegen die Einführung mit Händen und Füßen gesträubt haben.

Wir wollen zur Bekräftigung unsrer Behauptung nur an einen Vorgang erinnern. Im Vorjahr übermittelten die preußischen Gewerbeinspektoren den Papierfabriken einen Fragebogen, worin um Auskunft darüber ersucht wird, in welchem Umfange von der gesetzlichen Erlaubnis, den Betrieb des Mahlzeugs innerhalb 12 Stunden vor der Wiederaufnahme des werktätigen Betriebes der Papiermaschinen in Gang zu setzen, Gebrauch gemacht wird. Der Fragebogen beschäftigte sich mit der Ermittlung der Zahl dieser Sonn- und Feiertage im Jahre, mit der Zahl der mit Arbeiten solcher Art beschäftigten Arbeiter sowohl an Sonntagen, wie an Werktagen, mit allen sonstigen an Sonn- und Feiertagen ausgeführten Arbeiten und schließlich mit der Zahl dieser Sonntage und der Zahl der jeweilig dabei Beschäftigten.

Zu diesem Fragebogen nahm Herr Brückner-Kalbe, der Vorsitzende der Arbeitgeberverbandes, auf der vorjährigen Generalversammlung in Neustadt Stellung. Herr Brückner ermahnte sie Anwesenden, „das Maß von Arbeit, nach dem

in jener Erhebung gefragt wird, **nicht zu gering zu bemessen**". Denn, führte Herr Br. weiter aus: „Je geringer wir es bemessen könnten, vielleicht in der unangebrachten Befürchtung, mit weitergehenden Angaben Anstoß zu erregen, **desto größer würde die Beschränkung werden, mit der wir als einer drohenden zu rechnen haben.**"

Es ist uns nicht bekannt geworden, daß gegen die, gelinde gesagt, eigenartigen „Ermahnungen" des Herrn Brückner irgend etwas eingewendet wurden wäre, obwohl es doch etwas ganz Selbstverständliches ist, daß man bei solchen Erhebungen zur **wahrheitsgemäßen** Ausfüllung auffordern sollte.

Dieser eine Vorgang zeigt schon, daß wir Grund haben, dem sozialpolitischen Eifer der Papierfabrikanten Mißtrauen entgegenzubringen.

+ **Königsberg.** In der Lumpensortieranstalt von Minikowski, hier, sind sämtliche 60 dort beschäftigten Arbeiterinnen bis auf 3 infolge Arbeitsmangels entlassen worden.

Also auch hier machen sich die ersten Anzeichen der Krise bemerkbar. Jetzt können sich die Arbeiterinnen an die Aussprüche des Geschäftsführers Herrn Kalweit erinnern. Als sich die Kolleginnen im Frühjahr d. J. aufrafften und sich zum größten Teil unserm Verbande anschlossen, da wetterte dieser Herr dagegen, obwohl gerade seine Behandlungsweise es bewirkt hatte. „Der Verband nützt euch doch nichts, der wird euch nichts geben. Ihr müßt dem Herrn treu sein, der euch Arbeit gibt", waren damals die Worte des Herrn Kalweit. Ist der Herr nun heute euch dankbar für die Treue seiner Arbeiterinnen? Aber was kümmert ihn das, die Läger sind gefüllt, Absatzgebiete nicht vorhanden, deshalb kann man die fleißigen Arbeitshände, die den Profit angehäuft, nicht gebrauchen, darunter leidet doch der Geldbeutel der Firma.

Hieraus sollten die Kolleginnen aber lernen, daß sie nur durch zähes Festhalten an ihrer Organisation sich ihre Rechte in derselben sichern und dann auch eine Stütze und Hilfe am Verbande haben.

+ **Tilsit.** Zwei schwere Unfälle ereigneten sich am 25. August in der hiesigen Zellstoff-Fabrik. Eine Einlegerin war beschäftigt, die Hackmaschine mit Holz zu versehen. Dem Aufseher Schönwiese, der wegen seiner Antreibereien schon bekannt ist, war es zu wenig, was das Mädchen leistete, er nahm ein noch stärkeres Stück Holz und steckte es in die Maschine. Da diese aber ein stärkeres Stück als von 10 Zoll Durchmesser nicht fassen kann, wurde dieses von der Maschine mit solcher Kraft gegen den Schutzkasten geschleudert, daß derselbe, trotzdem er vorschriftsmäßig angebracht war, losriß und dem Mädchen gegen die Brust flog. Das Mädchen liegt krank darnieder. Nach Aussagen von Personen, die in der Holzputzerei beschäftigt sind, ist dies der sechste Fall, der durch Schönwiese verursacht wurde und Menschen in Lebensgefahr gebracht hat.

Der zweite Unfall ereignete sich am selben Tage in der neuen Kocherei, abends gegen 8 Uhr. Dort war ein Arbeiter mit dem Loch machen im Kocher beschäftigt; mußte jedoch bald wieder zurückgehen, da der Kocher zu heiß war und erst abgekühlt werden mußte. Es wurde nun in den Kocher Wasser hineingelassen, welches auch bald abzog, doch genügte es noch nicht und es mußte zum zweiten Male gekühlt werden. Diesmal zog das Wasser aber nicht ab. Der Arbeiter frug nun den Vorarbeiter, ob er schon hineingehen könne. Die Antwort lautete: „Im Kocher ist noch zu viel Wasser, ich werde schon sagen, wann man reingehen kann." Dies dauerte dem Meister Schulz zu lange und er **forderte den Arbeiter auf, sofort hineinzugehen.** Dieser mußte, wollte er nicht entlassen werden, dieser Aufforderung nachkommen. Nach einer halben Stunde hatte er sich auch glücklich soweit durchgearbeitet, daß er noch zirka ein Meter hatte. In diesem Augenblick gab der Stoff über ihm nach, gedrängt durch das Wasser, welches in einem Quantum von zirka 5000 Litern über dem Stoff noch stand, und riß ihn mit Gewalt in die Tiefe. Der verunglückte Arbeiter war nicht in der Lage, sich fortzubewegen, Arbeiter mußten ihn forttragen. Seinem Wunsche, ihn in seine Wohnung zu schaffen, kam man erst nach fünf Stunden nach. Er wurde auf einem Arbeitswagen nach Hause transportiert. Warum requirierte man nicht sofort einen Unfallwagen? Jedenfalls ist es durchaus unangebracht, einen schwer verletzten Arbeiter auf einem Arbeitswagen zu transportieren, das kann unter Umständen sehr schlimme Folgen für den Verletzten haben. Aber das Kapital ist eben rücksichtslos, wenn es sich um Arbeiter handelt. Wollen die Arbeiter ihre Gesundheit schützen und den bestehenden Arbeiterschutzgesetzen Geltung verschaffen, so müssen sie sich organisieren. Dies sind sie sich und ihrer Familie schuldig.

Korrespondenzen.

— **Streiks oder Aussperrungen** bestehen in Halle a. S., Meißen und Marne.

An Streiks oder Aussperrungen beteiligt sind wir in Borby-Eckernförde und Nürnberg.

Zuzug nach den angeführten Orten ist streng fernzuhalten.

Leipzig. Am 15. September hielt unsre Zahlstelle im Volkshause eine Versammlung ab. Genosse Lämich referierte über „Der gesetzliche Schutz der Fabrikarbeiter". Der Vortrag erweckte allgemeines Interesse, zumal der Referent seine Ausführungen mit zahlreichen Beispielen aus der Praxis der gewerblichen Rechtsprechung belegen konnte. Besonders eingehend beschäftigte sich der Redner mit dem immer mehr aktuell werdenden Thema der „gewerblichen Berufskrankheiten", die von ihm mit Recht als weit gefährlicher als die Unfälle bezeichnet wurden, da die Gewerbekrankheiten wegen ihres langsamen, aber sicher fortschreitenden Zerstörungswerkes den Körper des Arbeiters [illegible] machen, so daß er früher oder später der Krankheit unterliegen muß. Auch von wissenschaftlichen Autoritäten auf diesem Gebiete ist bereits wiederholt auf die Gefährlichkeit der Berufskrankheiten für die Arbeiterklasse hingewiesen und eine Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Gewerbekrankheiten gefordert worden. Als Hemmschuh hat sich noch immer das Unternehmertum, besonders in der chemischen Industrie, erwiesen, welches die der Arbeitern drohenden Gefahren als harmlos hinzustellen [illegible]. Aufgabe der Gewerkschaften muß es sein, für weitgehendste [illegible] unter den Arbeitern zu sorgen, und eine wirksame [illegible] zu fordern. Reicher Beifall belohnte die Ausführungen des Referenten. Eine längere Debatte entspann sich über den Bericht der Delegierten von der Gaukonferenz in Dresden. [illegible] erklärte, daß die Leipziger Mitgliedschaft heftigen Angriffen [illegible] des Gauleiters, wie der Delegierten [illegible] war, die zu unerfreulichen Debatten führten. Der Grund dieser Angriffe ist in einem Beschlusse der Leipziger Ortsverwaltung, der allerdings auch von einer Mitgliederversammlung sanktioniert wurde, zu suchen, wonach es den Beamten der Zahlstelle untersagt ist, Agitationstouren im Gau außer ihrer freien Zeit zu verrichten. Ein von Dresden auf der Konferenz gestellter Antrag, der der Mitgliedschaft Leipzig eine Mißbilligung ausspricht, wurde zurückgezogen, nachdem die Leipziger Delegierten erklärten, dafür zu sorgen, daß dieser Beschluß [illegible] gemacht werde. Weiter kritisierte Redner die einseitige Berichterstattung seitens des Schriftführers der Gaukonferenz, [illegible] aufgestellt [illegible]. In der Debatte wurde [illegible] erklärt, daß die [illegible] Mitgliedschaft [illegible] Die Mitgliederversammlung vom 15. September 1908 hebt den [illegible] Gau [illegible] den Gauleiter [illegible] Dieser Antrag wurde mit geringer Majorität abgelehnt. Die Beamten haben demnach außer ihrer freien Zeit für den Gau keinerlei Arbeiten zu verrichten. Gegen die Berichterstattung des Schriftführers der Gaukonferenz wurde folgende Resolution gegen eine Stimme angenommen: „Die heute im Volkshause stattfindende Mitgliederversammlung protestiert nach Kenntnisnahme des Berichts der Delegierten mit aller Entschiedenheit gegen eine derartige einseitige Berichterstattung, wie sie von seiten des von der Konferenz beauftragten Schriftführers gehandhabt und der Presse zugestellt worden ist. Die Versammelten vermissen in dem Bericht jede Objektivität, die an die Berichterstattung gestellt werden muß. Die Versammelten sind weiter der Ueberzeugung, daß es dem Verfasser des Berichts lediglich darauf ankam, die Leipziger Mitgliedschaft in den Augen der Gesamtorganisation herabzusetzen." Die Versammlung stimmte weiter einem Antrag zu, dem Kartellausschuß 50 Mk. zur Unterstützung der Zentralbibliothek zu überweisen. Die Regelung der Gehaltsfrage der Beamten mußte wegen vorgerückter Zeit bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt werden. Der Vorsitzende machte die zum Militär eintretenden Kollegen noch darauf aufmerksam, daß sie sich ordnungsgemäß abzumelden haben, damit sie ihre Rechte in der Organisation nicht verlieren.

Rheinfelden. Am Sonnabend, den 12. September 1908, entschlossen sich drei Arbeiter der El. Chem. Fabrik Natrium (eine Filiale der deutschen Gold- und Silberscheideanstalt Frankfurt a. M.), die gesegneten Gefilde Rheinfeldens zu verlassen. Sie brachten ihren Wunsch auf dem Kontor der Fabrik vor, wo ihnen bedeutet wurde, am Montag könnten sie ihren Lohn in Empfang nehmen. Wie erstaunten aber die Arbeiter, als sie am Montagmorgen **durch Gendarmen in ihren Wohnungen abgeholt und in die Fabrik begleitet wurden** (natürlich nur, damit ihnen auf dem Wege nichts passieren konnte), wo ihnen dann, **im Beisein der Gendarmen**, der Lohn ausbezahlt wurde. Und da soll noch jemand sagen, der Arbeiter genieße den Schutz des Gesetzes nicht! Was der polizeiliche „Schutz" für einen Zweck haben sollte, ist uns bis heute noch nicht klar geworden, vielleicht ist aber die Fabrikleitung oder die heilige Hermandad selbst so freundlich und teilt uns mit, wer ein solches Vorgehen angeordnet hat, was es nützen sollte und wer der Polizei zu solchen Belästigungen der Arbeiter das Recht gibt.

= **Schwarzenbeck.** Ein schweres Unglück hat den Arbeiter Hümer auf der Ziegelei von Echter u. Drummer betroffen. Er geriet mit dem rechten Arm in die „Schnecke", die dazu bestimmt ist, den Ton mittels rundlaufender und entgegenkommender Messer zu zerteilen. Ehe es ein dabei stehender Arbeiter wahrnahm, hatte die Maschine den Arm des Hümer schon bis zum Oberarm hineingezogen. Durch das Schreien des Verunglückten aufmerksam gemacht, brachte der andre Mann die Maschine zum Stehen und versuchte durch Rückwärtsdrehen Hümer zu befreien. Da traten aber die entgegenlaufenden Messer in Tätigkeit und zerfleischten den Arm auf entsetzliche Weise. Es gelang erst durch Abschrauben der Messer, den armen Menschen frei zu machen. Hümer hatte noch soviel Kraft, in ein nahes Haus zu gehen, wo ihm durch zwei herbeigerufene Aerzte der Arm bis zum Oberarmgelenk abgenommen werden mußte, um sein Leben zu retten.

Themar. Am 12. September fand unsre Mitgliederversammlung statt, in der Kollege Heyer den Bericht von der Gaukonferenz erstattete. Dem Bericht folgte eine lebhafte Debatte. Da die Zahlstelle Themar bei der Einteilung der Agitationsbezirke vergessen wurde, lehnten die Kollegen es einmütig ab, sich noch nachträglich einem Bezirk anzuschließen. (Den Beschluß werden die Kollegen hoffentlich bald wieder umstoßen; solche zwecklose „Wurscht-wider-Wurscht-Politik" soll doch bei uns nicht einreißen. D. R.) Bemängelt wurde noch, daß die Zahlstelle den Referenten für eine Versammlung am 10. August aus Lokalmitteln bezahlen soll. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Kollegen bei der letzten Hausagitation auf Erstattung ihrer baren Auslagen verzichtet hätten, um einige Mark in der Kasse zu behalten und jetzt sollten sie sie doch ausgeben. Weiter wurde kritisiert, daß der Gauleiter in den zwei Jahren des Bestehens der Zahlstelle noch nicht am Orte war, zu einer Versammlung im Sommer, die Stellung zu den Maßregelungen der Unternehmer nehmen sollte, vielmehr einen Kollegen aus Gotha gesandt habe. Beschlossen wurde dann noch, dem neugegründeten Gewerkschaftskartell beizutreten und im Oktober ein Stiftungsfest abzuhalten.

Rundschau.

Die Lage des deutschen Arbeitsmarktes.

Die „Arbeitsmarkt-Korrespondenz" schreibt: Die Lage des Arbeitsmarktes hat im August eine bedenkliche **Verschlechterung** aufzuweisen. Wenn die Herbstsaison nicht noch unvermittelt lebhafter wird, so müssen die Arbeiter **mit einem an Arbeitsgelegenheit sehr knappen Winter rechnen.** Während im Vorjahr von Juli auf August der Andrang auf 100 offene Stellen noch um 12,6 Arbeitsuchende zurückging, obwohl auch damals schon die gewerbliche Beschäftigung abnahm, ist er dieses Jahr nur um 4,3 gesunken. Es kamen nämlich im August 1908 an den öffentlichen Arbeitsnachweisen, soweit sie an die Berichterstattung des „Arbeitsmarktes" angeschlossen sind, auf je 100 offene Stellen 153,3 Arbeitsuchende gegen 107,1 im Vorjahre. Nur im Mai und April war der Grad der Verschlechterung des Arbeitsmarktes gegenüber dem Vorjahre höher als im August. Der Andrang von Arbeitsuchenden stellte sich während der einzelnen Monate auf je 100 offene Stellen, wie folgt:

	1907	1908	Zunahme des Andranges gegen 1907
Januar . . .	127,9	158,9	31,0
Februar . . .	120,7	151,7	31,0
März . . .	95,5	130,5	35,0
April . . .	92,8	141,8	49,0
Mai	103,7	161,5	57,8
Juni	109,5	144,3	34,8
Juli	119,7	157,6	37,9
August . . .	107,1	153,3	46,2

Der Andrang im August war sogar höher als im Februar. Die starke Differenz gegenüber dem Vorjahr ist nicht etwa durch eine besonders starke Zunahme des Andranges, sondern vielmehr durch den **Rückgang der offenen Stellen**, die gegen August 1907 um 24 Prozent zurückgegangen sind, veranlaßt. Wäre die Verschlechterung gegenüber dem Vorjahre nur auf die Steigerung der Arbeitsuchenden zurückzuführen, so könnte man annehmen, daß infolge der früheren Erntearbeiten im laufenden Jahre der Zuzug nach den gewerblichen Zentren im Laufe des August schon wieder eingesetzt hätte. Die Bewegung der Nachfrage im Monat August widerspricht aber dieser Annahme; es muß vielmehr eine Abnahme der gewerblichen Beschäftigung im Vergleich zum Vorjahre stattgefunden haben. Die Anzeichen einer herbstlichen Belebung, soweit sie sich im August schon äußerten, beschränkten sich fast gänzlich auf den Marktverkehr und beeinflußten die Warenherstellung fast noch gar nicht. Teilweise machte sich sogar im August noch eine erneute Senkung des Beschäftigungsgrades bemerkbar.

Ein außerordentlicher Verbandstag.

Der Zentralverband der Maurer hielt vom 30. August bis 5. September d. J. in Hannover-Linden seinen 10. außerordentlichen Verbandstag ab. Veranlaßt wurde der Verbandstag hauptsächlich durch die ungeheuren Lohnkämpfe, in welche der Verband verwickelt war und welche zum großen Teil, weil unter dem Zeichen der Wirtschaftskrise stehend, nur minimale Erfolge gebracht haben. Die Unternehmer forderten einheitliche Leitsätze für die Tarifverträge im ganzen Deutschen Reich. Kein Vertrag sollte in Deutschland ohne die Zustimmung des Vorstandes vom Arbeitgeberverbande für das deutsche Baugewerbe abgeschlossen werden können; wenn auch nur im Geltungsbereich eines Vertrags eine Einigung nicht erzielt wird, dann, erklärten sie, haben alle bisher abgeschlossenen Verträge keine Gültigkeit. Daß unter diesen Umständen überhaupt noch Erfolge erzielt wurden, ist immerhin ein Zeichen der gewaltigen wirtschaftlichen Macht, welche der Maurerverband repräsentiert.

Wegen der minimalen Erfolge bei den Bewegungen hatten sich Mißstimmungen in den Mitgliederkreisen bemerkbar gemacht, aber die Verhandlungen auf dem Verbandstage, welche von ernster Sachlichkeit durchdrungen waren, haben gezeigt, daß nur Mißverständnisse, mangelndes Erkennen der bestehenden Verhältnisse diese Mißstimmungen hervorgerufen hatten.

Naturgemäß konzentrierte sich die Hauptdebatte auf die Stellungnahme zu den Tarifverträgen. Sie endete mit der Annahme von 7 Leitsätzen.

Im weiteren wurde der Grundsatz aufgestellt, daß überall dahin gewirkt werden soll, die in Händen der Unternehmer befindlichen Arbeitsnachweise in paritätische umzuwandeln.

Ein Antrag, welcher verlangt, daß der Sitz des Verbandes von Hamburg nach Berlin verlegt wird, wurde mit 189 gegen 93 Stimmen abgelehnt. Beschlossen wurde, den Verbandsvorstand zu ermächtigen, in Hamburg ein Haus zu Bureauzwecken herstellen zu lassen.

Alles in allem bietet dieser Verbandstag ein Bild der durch nichts zu erschütternden Kraft, welche in dieser Berufsorganisation vorhanden ist. Gestützt auf jahrzehntelange Erfahrungen, versteht es die Verbandsleitung, selbst unter den ungünstigsten Verhältnissen Verbesserungen in den Lohn- und Arbeitsbedingungen für ihre Mitglieder zu erreichen. Mögen die Beschlüsse des 10. Verbandstags hierzu weiter beitragen.

Verbandsnachrichten.

Vom 15. September ab gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

Stettin 852,50. Dresden 800,—. Regensburg 500,—. Eberswalde 350,—. Alfeld 100,—. Hasselbrock 2,—. Neufeld 500,—. Nienburg a. W. 120,—. Leipzig 90,—. Gießen 27,58. Braunschweig 2400,—. Altona-Ottensen 750,—. Ludwigshafen 1000,—. Elmshorn 900,—. München 1000,—. Zwickau 480,—. Barth 200,—. Lübeck 1200,—. Stuttgart 600,—. Köslin 1000,—. Köln 800,—. Fechenheim 400,—. Mundenheim 100,—. Neu-Isenburg 70 Mark.

Schluß: Montag, 21. September, mittags 12 Uhr.

Fr. Bruns, Kassierer.

Die Abrechnung für das 2. Quartal 1908 hat eingesandt: Gießen.

Im Oktober d. J. soll ein neues **Adressenverzeichnis** herausgegeben werden. Es sind deshalb alle mit dem 1. Oktober stattfindenden Adressenänderungen raschmöglichst einzusenden.

Die Bevollmächtigten werden darauf aufmerksam gemacht, daß für die vom Militär zurückkehrenden Kollegen folgende Bestimmungen gelten:

Mitglieder, welche zum Militär eingezogen werden und sich **ordnungsmäßig am Wohnorte abgemeldet haben, können innerhalb vierzehn Tagen nach ihrer Rückkehr** gegen Vorzeigung ihres Mitgliedsbuchs dem Verbande **unentgeltlich** wieder beitreten, und ist in diesem Falle das alte Quittungsbuch abzunehmen und dem **Verbandsvorstand einzusenden.** Die vor der Militärzeit geleisteten Wochenbeiträge werden nach vollzogener Anmeldung in Anrechnung gebracht.

An die Mitglieder!

Wir machen alle Mitglieder noch einmal auf den Notizkalender des Verbandes für das Jahr 1909 aufmerksam. Er enthält neben der äußerst wertvollen Erläuterung der Versicherungsgesetze, sowie der gesetzlichen Bestimmungen über den Arbeitsvertrag sehr viel

wertvolles Material

für jedes in der Organisation tätige Mitglied. Zahlreiche statistische Zusammenstellungen machen das geschmackvoll ausgestattete Büchlein zu einem allzeit brauchbaren und zuverlässigen Ratgeber. Jedem, der agitatorisch für den Verband wirken will, ist die Anschaffung dringend zu empfehlen. Der Preis ist, wie im Vorjahre, auf 50 Pf. pro Exemplar angesetzt.

Protokolle vom 9. Verbandstag sind ebenfalls noch vom Vorstande zu beziehen. Bei dem geringen Preis von 15 Pf. sollte kein Mitglied die Anschaffung desselben versäumen. Bestellungen sind bei den **Zahlstellenleitungen** anzubringen.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher.

267 040, Joh. Eggen, eingetreten am 29. Juni 1907 in Leer.

294 369, Hermann Meisel, eingetreten in Rodewisch.

Ausgeschlossen auf Grund § 7 des Statuts:

Otto Ritter, Buchnummer 199 966, eingetreten am 3. November 1907 zu Alfeld.

Paul Held, Buchnummer 265 712, eingetreten am 17. Mai 1903 in Löbau i. S.

Neue Adressen und Adressen-Aenderungen.

Blankenburg (Harz). Heinrich Reubauer, Mannerstraße 13. (Vom 1. Oktober an.)

Eberswalde. F. Kersten, Eisenbahnstraße 81, Ecke Wilhelmstraße. (Vom 1. Oktober an.)

Fürstenberg in Mecklenburg. August Bartel, Berliner Chaussee 10. (Vom 1. Oktober an.)

Saalfeld a. Saale. Hermann Rauch, Pestalozzistraße 10.

Zerbst. Otto Großkopf, Breite 41.

Berichtigung. Der Gauvorsitzende für den Gau 8 heißt nicht G. Velber, sondern Rudolf Keller.

Inserate.

Zahlstelle Hamburg.

Versammlungen der Distrikte.

Billwärder: Dienstag, den 13. Oktober, bei **Fischer**, Billwärder 60.
St. Georg: Mittwoch, den 14. Oktober, im **Gewerkschaftshause**, Zimmer 1 und 2.
Wandsbek: Mittwoch, den 14. Oktober, im **Gewerkschaftshause**, Sternstraße.
Hamm: Mittwoch, den 14. Oktober, bei **Ritter**, Borstelmannsweg 64.
Rothenburgsort: Donnerstag, den 8. Oktober, in **Paul Bocks Salon.**
Uhlenhorst: Donnerstag, den 8. Oktober, bei **Fritz Möller**, Ecke Bach- und Mozartstraße.
Barmbeck: Donnerstag, den 8. Oktober, bei **Manse**, Ecke Flachsland- und Maurienstraße.
Winterhude-Eppendorf: Donnerstag, den 8. Oktober, bei **Herzberg**, Barmbeckerstraße.
Eilbeck: Donnerstag, den 8. Oktober, bei **Albers Wwe.**, Wandsbeker Chaussee 249.
Wilhelmsburg: Sonnabend, den 10. Oktober, bei **Fr. Schnack**, Vogelhüttendeich.
Stellingen-Langenfelde: Sonnabend, den 10. Oktober, bei **J. Lange**, Kielerstraße 161.
Schnelsen: Sonnabend, den 10. Oktober, im „**Schnellfeuer Hof**".
Hamburg: Mittwoch, den 14. Oktober, bei **Blaneth**, Teilfeld 21. Referent: Gen. **L. Schmalfeld.**
Eimsbüttel: Donnerstag, 8. Oktober, bei **Fritz Struck**, Fruchtallee 70.

4,20 ℳ] **Die Ortsverwaltung.**

Zahlstelle Oranienburg.

Den reisenden Kollegen zur Kenntnis, daß am **1. Oktober d. J.** die **Gewerkschafts-Herberge** nach dem Kollegen **Emil Schumann, Schützenstraße 31,** verlegt wird. Schlafmarken gibt **Hermann Funk**, Neuer Platz 10, aus. [0,90 ℳ] **Die Bevollmächtigten.**

Beilage zum Proletarier.

Nr. 39. Hannover, 26. September 1908. 17. Jahrg.

Der Parteitag in Nürnberg.

Der diesjährige Parteitag der sozialdemokratischen Partei, der vom 13. bis 20. September in Nürnberg tagte, stand unter dem Zeichen des Sturmes. Seine Tagesordnung ließ das nicht vermuten. Wohl gingen und gehen die Meinungen innerhalb der Partei über die Frage der Maifeier und der Jugendorganisation auseinander, es war aber vorauszusehen, daß sie zu ernsten Differenzen innerhalb der Partei keine Veranlassung geben würden. Somit schien es, als ob der Nürnberger Parteitag zu denen gehören würde, die nach außen weniger Aufsehen machen, dafür aber um so ersprießlichere Arbeit leisten. Es ist leider anders gekommen. Wenige Wochen vorher wurde bekannt, daß die Landtagsfraktionen in Baden und Bayern der Regierung das Budget bewilligt hatten. Die „Leipziger Volkszeitung", der „Vorwärts" und eine Reihe andrer Parteiblätter bezeichneten das als einen Verstoß gegen die vom Lübecker Parteitag beschlossene Resolution, als Disziplinbruch, als Verrat an den Grundsätzen der Partei, als Uebergang zur Blockpolitik usw. Später wurde dann „parlamentarischer Kretinismus" und noch weniger Höfliches daraus. Die süddeutschen Sünder schossen mit gleichen Waffen zurück und der Krach war fertig.

Wir haben weder Lust noch Ursache, uns in den Streit zu mischen, bedauern aber, daß dieser unerquickliche Konflikt nicht nur wochenlang die Spalten der Parteipresse gefüllt, sondern auch noch fast die ganze Zeit des Parteitags in Anspruch genommen hat. Wenn einige übereifrige Parteiwächter, die das Leben nur aus dicken Büchern und die Stimmung der Arbeiter nur aus gefüllten Versammlungen kennen, hinter jedem Genossen, der einmal über ihr theoretisches Leitseil tanzt, einen Parteiverräter sehen, so erbringen sie damit zwar ein sehr gutes Zeugnis für ihre Wachsamkeit, der Einheit und Geschlossenheit der Partei nützen sie mit solcher Gespensterseherei jedoch nicht.

Anerkannt muß werden, daß die Vertreter des Parteivorstandes, namentlich Bebel als Referent, die Angelegenheit sehr sachlich behandelten. Die Debatte ließ diese Sachlichkeit allerdings häufig vermissen. Mit 258 gegen 119 Stimmen wurde schließlich nachstehende, vom Parteivorstand und der Kontrollkommission vorgelegte Resolution angenommen:

„Der Parteitag bestätigt von neuem die Resolutionen von Lübeck und Dresden, die aussprechen, daß der Staat, solange er sich in den Händen der besitzenden Klassen befindet, ein Organ der Klassenherrschaft darstellt und ein Mittel zur Niederhaltung der besitzlosen Volksmassen bildet, daß die politische Aufgabe des proletarischen Klassenkampfes die Eroberung der Staatsgewalt durch Ueberwindung der Gegner ist, daß jede Politik des Entgegenkommens an die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung abgelehnt werden muß. Als notwendige Folge dieser grundsätzlichen Auffassung und angesichts der Tatsachen, daß die Gesamtabstimmung über das Budget als Vertrauensvotum für die Regierung aufgefaßt werden muß, ist jeder gegnerischen Regierung das Staatsbudget bei der Gesamtabstimmung zu verweigern, es sei denn, daß die Ablehnung desselben durch unsre Genossen die Annahme eines für die Arbeiterklasse ungünstigern Budgets zur Folge haben würde. Die Bewilligung des Budgets in den Landtagen von Württemberg, Baden und Bayern ist daher unvereinbar mit den Resolutionen von Lübeck und Dresden. Die grundsätzliche Verweigerung des Budgets entspricht vollkommen der Klassenlage der besitzlosen Volksmassen, die eine unversöhnliche Opposition gegen die bestehende, dem Kapitalismus dienende Staatsgewalt notwendig macht. Die arbeitenden Klassen immer wieder nachdrücklich darüber aufzuklären, ist eine unerläßliche Aufgabe unsrer agitatorischen Arbeit."

Die Süddeutschen ließen dazu durch Segitz eine Erklärung abgeben, die besagt, daß sie den Parteitag in allen prinzipiellen und taktischen Fragen, die das ganze Reich betreffen, als oberste Instanz anerkennen, daß sie sich aber die Entscheidung über das, was in ihren Landesparlamenten geschehen soll, vorbehalten. Vorläufig ist dadurch erfreulicherweise die von den Gegnern erhoffte und von den Parteigenossen befürchtete Spaltung der Partei vermieden worden; es darf jedoch nicht verkannt werden, daß die Resolution sich voraussichtlich als eine Quelle steter Streitigkeiten erweisen wird.

Der übrige Teil des Vorstandsberichts entfesselte eine in der Sache unwesentliche, in der Form scharfe Debatte zwischen dem Genossen Eisner einerseits und H. Schulz anderseits über den Wert der Parteischule. Entschieden wurde der Streit durch Annahme eines Antrags, der besagt, daß der Parteitag von der bisherigen Tätigkeit der Parteischule mit Befriedigung Kenntnis nimmt und den Parteivorstand beauftragt, sie in der bisherigen Richtung weiter auszubauen.

Ueber die Einigungsverhandlungen mit den Lokalisten berichtete der Partei-Sekretär Ebert. Er führte aus, daß es durch die Verhandlungen gelungen sei, zirka 5000 Lokalisten zum Uebertritt in die Zentralverbände zu bewegen, und daß der bei den Lokalisten gebliebene Rest für die gewerkschaftlichen Kämpfe nicht mehr ernstlich in Frage komme. Er empfahl die Annahme der vom Parteivorstand und Kontrollkommission vorgelegten Resolution. Der Parteitag beschloß demgemäß, fügte der Resolution aber noch einen von Stubbe-Hamburg beantragten Zusatz an. Die Resolution (einschl. des Zusatzes) hat folgenden Wortlaut:

„Der Parteitag begrüßt den infolge der Einigungsverhandlungen erfolgten Uebertritt der lokalistischen Vereine in die Zentralverbände. Die Vereine, die trotz der geführten Verhandlungen bei der Freien Vereinigung der Gewerkschaften geblieben sind, haben durch ihr Verhalten bekundet, daß sie entgegen den Beschlüssen der Parteitage und des Internationalen Sozialistenkongresses in Stuttgart die dringend gebotene einheitliche Organisation des wirtschaftlichen Kampfes der Arbeiterklasse nicht wollen. Die Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften hat sich auch in offenen Gegensatz zur Partei gestellt, indem sie unter Anlehnung an die anarcho-syndikalistischen Bestrebungen die Sozialdemokratie geflissentlich bekämpft und schmäht.

Nachdem weiter die Einigungsverhandlungen mit dem Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverband, dessen im Gegensatz zur Lübecker Resolution erfolgte Gründung schon vom Mannheimer Parteitag als schwere Schädigung der Arbeiterbewegung bezeichnet worden ist, zu keinem Ergebnis geführt haben, erklärt der Parteitag:

Jede Mitarbeit von Parteigenossen in den mit der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften verbundenen Vereinen, sowie in dem Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverband ist unvereinbar mit den Grundsätzen und Interessen der Sozialdemokratie.

Das gilt auch für solche lokale Gewerkschaften, die von den örtlichen Gewerkschaftskartellen und Parteiorganisationen nicht anerkannt sind."

Damit ist jedes Band zwischen den lokalistischen Eigenbrödlern und der Partei zerschnitten; wie berichtet wird, haben die Lokalisten auch schon die Konsequenz gezogen und sind aus der Partei ausgetreten.

Zur Frage der Jugendorganisation lagen dem Parteitag 25 Anträge und die zwischen Parteivorstand und Generalkommission vereinbarte und vom Hamburger Gewerkschaftskongreß gutgeheißene Resolution vor. Sämtliche Anträge zu diesem Punkt wurden einer Kommission von 17 Mitgliedern überwiesen. Dieselbe unterbreitete dem Parteitag eine Resolution, die sich inhaltlich im wesentlichen mit der vom Gewerkschaftskongreß angenommenen deckt. Es fehlt darin der Passus, daß die Bildung besondrer Jugendorganisationen nicht erforderlich sei. In einer Deklaration wird erklärt, daß der Bildung lokaler Jugendorganisationen unpolitischen Charakters nichts im Wege stehe. Diese Resolution wurde ohne Debatte einstimmig angenommen.

Ueber die Maifeier referierte Richard Fischer. Auch hierzu lag als Vereinbarung zwischen Parteivorstand und Generalkommission jene Resolution vor, die der Gewerkschaftskongreß angenommen hatte. Die Vereinbarung bestimmt, daß an allen Orten Kommissionen, aus Gewerkschafts- und Parteigenossen gleichmäßig zusammengesetzt, zur Vorbereitung der Maifeier gewählt werden sollen und daß die Kosten für etwaige Aussperrungen infolge der Maifeier aus örtlichen Fonds, die durch freiwillige Beiträge aufgebracht werden, zu decken sind. Der Referent trat mit guten Gründen und anerkennenswertem Eifer für Annahme der Vereinbarungen ein. Die Debatte über diesen Punkt gab der Genossin Luxemburg Gelegenheit, einige ihrer radikalen Geistreicheleien an den Mann zu bringen, und ihrem Schildhalter, dem Delegierten Pieck-Bremen, sich unsterblich zu blamieren. Für die Vereinbarung trat Robert Schmidt-Berlin mit Wärme ein. Obwohl beachtliche Einwände gegen die getroffenen Abmachungen nicht erhoben wurden, nahm der Parteitag nur die ersten Sätze derselben an, lehnte aber die letzten, die den Kern der Sache, nämlich die Regelung der Unterstützungsfrage betreffen, ab. Dadurch ist natürlich die ganze Vereinbarung für null und nichtig erklärt.

Da der Referent Genosse Fischer erklärte, daß weitere Verhandlungen zwischen Parteivorstand und Generalkommission zwecklos seien, ist mit der Ablehnung die von der deutschen Delegation zum Internationalen Kongreß in Stuttgart beschlossene Regelung der Unterstützung der Maiausgesperrten als gescheitert zu betrachten. Die Gewerkschaften sollen demnach auch in Zukunft die Folgen der Maifeier allein tragen. Es wäre durchaus erklärlich, wenn die Gewerkschaften als Antwort auf die unverständliche Haltung des Parteitags Maßnahmen treffen würden, die eine erhebliche Belastung ihrer Kassen verhindern. Daß solche Maßnahmen eine Einschränkung der Maifeier zur Folge hätten, versteht sich am Rande. Vielleicht wäre das eine heilsame Lehre für jene Kritiker, die, mit dem Gegenteil von Sachkenntnis in überreichem Maße bewaffnet, von der Vereinbarung eine Beeinträchtigung der Maifeier befürchteten.

Die Vereinbarung hatte gewiß manche Mängel, nachdem sie aber vom Gewerkschaftskongreß angenommen, und da brauchbare Abänderungsvorschläge auch auf dem Parteitage nicht gemacht wurden, war der Parteitag verpflichtet, einen Versuch mit der Durchführung derselben zu machen. Die Ablehnung erweckt den Eindruck, als ob die Parteigenossen, die für die Arbeitsruhe am 1. Mai soviel schöne Worte haben, sich fürchteten, an der Durchführung der Arbeitsruhe praktisch mitzuwirken und die Konsequenzen derselben mittragen zu helfen. Bedauerlicherweise waren die Mitglieder des Parteivorstandes durch die Einigungsverhandlungen mit den Süddeutschen verhindert, ihre Vereinbarung vor dem Parteitage zu vertreten, vielleicht wäre sonst ein anderes Abstimmungsresultat erzielt worden.

Von den übrigen Punkten der Tagesordnung sei noch das ausgezeichnete Referat des Genossen Molkenbuhr über die soziale Gesetzgebung hervorgehoben das von den Genossen Quarck, Müller, Hoch und Sachse in wirkungsvoller Weise ergänzt wurde.

Von den Anträgen ist für uns ein von den Augsburger Genossen gestellter von besonderm Interesse. Er lautet:

„In Anbetracht der Forderung, welche wir zum Schutz der Koalitionsfreiheit bei Vergebung von staatlichen und kommunalen Aufträgen an Staat und Gemeinden stellen, stellt der Sozialdemokratische Verein Augsburg den Antrag, daß Parteivorstand, Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und Großeinkaufsgesellschaft der Konsumvereine in Verbindung treten zwecks Regelung des Bezugs von Papier für unsre Partei- und Gewerkschaftsdruckereien, um in den Papierfabriken die volle Koalition zur Geltung zu bringen.

Sollte sich mit den Papierfabriken eine solche Regelung nicht ermöglichen lassen, so möge die Frage der Eigenproduktion besprochen und entsprechende Maßnahmen dazu getroffen werden."

Der Antrag wurde, nachdem Walter-Augsburg ihn begründet, dem Vorstand zur Erwägung überwiesen. Wir halten diese Erledigung des Antrags zurzeit für die einzig richtige und mögliche. Unser Verband wird aber diese Sache im Auge behalten und dafür sorgen müssen, daß eventuell einem spätern Parteitage Unterlagen gegeben werden, die eine bessere Regelung der Angelegenheit ermöglichen.

Auf die übrigen Anträge und Arbeiten des Parteitags einzugehen, fehlt uns der Raum. Anerkannt sei jedenfalls, daß in den letzten Tagen eine Fülle wichtiger Arbeiten erledigt wurden. Mögen die ernsten Arbeiten der letzten Tage zum Wohle der Arbeiterschaft ausschlagen und die hitzigen Debatten der ersten der Einheit und Schlagfertigkeit der Partei nicht schaden, das sei unser Wunsch.

Aus der chemischen Industrie.

Eine neue Goldgrube für chemische Kapitalisten.

Vor einigen Wochen ist im „Proletarier" zum erstenmal von einer jungen Branche der chemischen Industrie die Rede gewesen. Aus Kelsterbach am Main wurden die höllischen Betriebsverhältnisse der dortigen Kunstseidefabrik geschildert. Diese Branche ist tatsächlich ein echtes Kind des mörderischen chemischen Kapitalismus, mit allen hervorstechenden Merkmalen für Unternehmer und Arbeiter, wie sie eben die chemische Industrie ganz besonders ausgeprägt aufweist.

Hier kann einmal wirklich mit Ziffern nachgewiesen werden, wie für den Kapitalisten aus Dreck Gold wird. Als Rohstoff für die Kunstseide dient neben Baumwollabfällen auch die Holzfaser. Ein Raummeter Holz, das im Walde etwa 3 Mark wert ist, liefert [illegible] Kilogramm Sulfitzellstoff im Werte von zirka 30 Mark. Verwandelt man nun diese Zellstoffasern in künstliches Roßhaar oder Kunstseide, so erhöht sich der Wert auf 1500 bis 3000 Mark. Die ekelhaften und gesundheitsgefährlichen Verrichtungen, die dazu nötig sind, werden ja von billigen Arbeitskräften ausgeführt. Durch Behandlung mit Säuren wird aus dem spröden Rohmaterial eine breiige Masse, die dann durch feine Haarröhrchen gepreßt wird. Aus diesen Röhrchen treten die Fäden heraus, die dann durch billige Frauen- und Kinderarbeit aufgehaspelt und -gewickelt werden. Am verbreitetsten ist das älteste sogen. Nitrozelluloseverfahren, auch nach seinem Erfinder dem Grafen von Chardonnet, so wie dieser genannt. In Wirklichkeit rührt es von dem Engländer Swan her. Dann gibt es noch ein sogen. Kupferoxydzelluloseverfahren, ferner das Viskose- und das Acetatverfahren, mit dem namentlich in der dem schlesischen Grafen Henckel von Donnersmark gehörenden Fabrik Sydowsaue bei Stettin fabriziert wird. Nach dem Nitrozelluloseverfahren arbeitet die Kelsterbacher Fabrik, die zuletzt 350 000 Kilo fertiger Ware im Jahre erzeugte und bei Rückstellungen von $2^1/_2$ Millionen Mark noch immer einen Reingewinn von über einer halben Million machte, so daß sie 15 Prozent Dividende verteilen konnte. In guten Jahren wurden noch viel höhere Dividenden gemacht, namentlich zu der Zeit, als noch eine internationale Verkaufsgemeinschaft mit dem französischen Mutterhause und andern ausländischen Firmen bestand. Das Kelsterbacher Rohseideprodukt geht meist nach Elberfeld-Barmen und dem Niederrhein, wo es in der Fabrikation der Posamenten und Besatzartikel verwendet wird. Einige jüngere deutsche Kunstseidefabriken, die nicht genügend technisch und kapitalistisch eingerichtet und ausgerüstet waren, hatten auch schon selbstverschuldete Rückschritte aufzuweisen, wie z. B. die Hanauer Kunstseidefabrik. Wenn irgendwo, so muß hier mit großem Kapital und skrupelloser Arbeiterausnützung gearbeitet werden, wenn größere Gewinne herauskommen sollen. Die Vereinigten Glanzstoffabriken in Elberfeld vor allem haben dies nach berühmten Leverkusener Muster verstanden. Sie haben in den wenigen Jahren ihres Bestehens $3^1/_2$ Millionen Rücklagen gemacht, erzeugten im letzten Jahre 700 000 Kilogramm Kunstseide und erzielten einen Reingewinn von genau 1 Million Mark, so daß sie 40 Prozent Dividende verteilen konnten. In Italien, Belgien, Ungarn und Frankreich bestehen seit Jahren ähnliche Betriebe mit zum Teil noch höhern Gewinnen von 45 bis 55 Prozent, namentlich im letztgenannten Lande. Voriges Jahr sind nicht weniger als vier neue Unternehmen gegründet worden; eins in England mit 4 Millionen Mark Kapital, eins in Moskau mit $1^1/_2$ Millionen Rubel, eins in Köln mit 2 Millionen Mark und das letzte in Harburg a. E. mit 130 000 Mark Stammkapital. Die hohen Gewinne locken eben das Kapital trotz den Fehlschlägen mancher kleinerer Betriebe mit Macht an. Und wenn auch vorläufig die von der französischen Muttergesellschaft in Besançon ausgegangenen Versuche, mindestens ihre Gruppe zu einer einzigen Gesellschaft zu kartellieren, noch nicht glücken, so werden die Arbeiter zweifellos bald gewahren, wie sich ihre Ausbeuter organisieren und zur Erzielung des höchstmöglichen Profits aus ihrem Kapital zusammenschließen. Was tun die Proletarier der Kunstseidefabrikation inzwischen zur Erzielung eines höchstmöglichen Gewinns aus ihrem Kapital Arbeitskraft?

So gut wie nichts! Sie schaffen mit billigen ausländischen Arbeitskräften um die Wette für erbärmliche Löhne unter ganz elenden Arbeitsbedingungen die vielen Millionen Wert, die schon heute aus den deutschen Kunstseidefabriken hervorgehen. Die aus Kelsterbach geschilderten Verhältnisse sind typisch für das Elend in diesen Betrieben. Meist geben sich einige angesessene Arbeiterfamilien am Sitze der Fabrik dafür her, dem Fabrikanten die Antreiber und Rausreißer zu stellen. Da ist der Familienvater Aufseher oder Vorarbeiter oder wenigstens besser bezahlter Arbeiter, seine Söhne, Töchter und sonstige Verwandte schaffen ebenfalls in der Fabrik. Alle zusammen tragen in der Woche einen hübschen Batzen Geld nach Hause. Dafür verraten und verkaufen sie, von löblichen Ausnahmen natürlich abgesehen, die Masse der zugewanderten Arbeiter und hintertreiben jeden Zusammenhalt und jede Organisation unter denselben. Die italienischen Mädchen z. B., die in Kelsterbach im Akkord das Aufhaspeln der Kunstseidefäden besorgen, haben keine Ahnung von den Akkordpreisen, nach denen sie bezahlt werden. Frägt man sie danach, so können sie nur versichern, daß sie desto mehr Geld verdienen, je mehr sie Ware schaffen. Und dabei haben die Kelsterbacher Italianos eine Art landwirtschaftliche Organisation. Sie reden und singen von ihrem heimischen Parteiführer Ferri und andern Sozialisten; von gewerkschaft-

licher Betätigung und einer Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse haben sie jedoch keine Ahnung. Man kann sich denken, welcher fruchtbare Boden für Schmarotzer einerseits und rücksichtslose Ausbeuter und Scharfmacher anderseits durch diese Uneinigkeit der Arbeiter selbst geschaffen wird.

Die Kelsterbacher Fabrik läßt in den ungesundesten Betriebsteilen ununterbrochen arbeiten, in zehn- bezw. elfstündiger Tag- und zehnstündiger Nachtschicht. Ueberstundenzuschlag wird erst bezahlt, wenn eine Arbeitszeit von zwölf Stunden überschritten ist. An Unfallverhütungsvorschriften existieren für die Fabrik nur die nichtssagenden allgemeinen Bestimmungen der Berufsgenossenschaft für die chemische Industrie. Darin sind nur Verpflichtungen für die Arbeiter, aber keine Rechte festgelegt, und von Schutzeinrichtungen, die dem Unternehmer Geld kosten, ist gar keine Rede. Säße in Mainz ein energischer Fabrikinspektor für die Fabrik, so hätte er längst schon aus gesundheitlichen Gründen den Achtstundentag für alle Arbeiter vorschreiben müssen, die bei dem Betrieb mit den Ausdünstungen des Rohmaterials in Berührung kommen. Diese Ausdünstungen verursachen zum Teil unerträgliches Jucken auf der Haut, zum Teil Atem- und Lungenbeschwerden. Alte Uniformen, in denen schon Dutzende von Soldaten gesteckt haben, sind doch auch nicht die passenden Schutzkleider für schwer arbeitende Leute. Jeder Arbeiter muß der Betriebskrankenkasse beitreten, die dafür sorgt, daß über die Gesundheitsverhältnisse in der Fabrik nichts in die Oeffentlichkeit dringt. Schwer Erkrankte werden stundenweit in ein privates Krankenhaus nach Bockenheim bei Frankfurt a. Main gefahren und keiner der Arbeiter kennt eine Krankenstatistik des Betriebs. „Ernennt" doch der Unternehmer nach dem Statut den Kassenvorsitzenden und den Kassenführer, und die fünf aus den Reihen der Arbeiter zu wählenden Beisitzer des Vorstandes sind die bekannten Nullen neben dem allmächtigen Vertreter der Firma im Kassenvorstand. Auch sonst kümmert sich niemand von den Arbeitern um die Kassenverwaltung, und das müßte doch das erste sein, womit eine Aenderung der Verhältnisse in der Fabrik begönne. Denn wer das Nächstliegende nicht anzufassen und zu regeln versteht, kann bei wichtigeren Dingen nicht mit der nötigen Erfahrung und Entschiedenheit vorgehen. Diese geknechteten und krank gemachten Arbeiter müßten mit Hilfe ihres Kassenwahlrechts einmal zuerst Einblick in diese Verhältnisse zu bekommen suchen und dürften nicht ruhen und rasten, bis sie hier Ordnung geschaffen hätten. Dann wäre allmählich und Schritt für Schritt weiter in der Vertretung ihrer Interessen gegen den Unternehmer zu gehen. Ebenso steht es mit dem Arbeiterausschuß. Und wenn in „Generalversammlungen", wie 1905, nur 15 Arbeiter erscheinen und sich bei der Vorbringung und Erledigung von Beschwerden jeden Augenblick vom Betriebsleiter unterbrechen und abkanzeln lassen, dann ist es kein Wunder, wenn seitdem die Verhältnisse womöglich noch schlechter geworden sind. Hier, in der Fabrik selbst, muß erst Mut und Entschiedenheit, nicht im Spektakeln und Räsonieren, sondern im besonnenen und überlegten Vorgehen bewiesen werden, dann erst wird allmählich größere Bewegung und Entschlossenheit in die Hunderte von Arbeitern solcher Höllen für Kunstseidefabrikation kommen.

Die jüngste und gewinnreichste Branche der chemischen Industrie in Deutschland ist also nur deshalb ein getreues Musterbild der älteren Gifthöllen, weil es in ihr noch am regelrechten Zusammenhalt und an der klassenbewußten Betätigung der Arbeiter fehlt. Hier wie dort dasselbe traurige Schauspiel unendlicher Selbstdemütigung und Selbstentmannung trotz unerträglichen Lohn- und Arbeitsverhältnissen. Ehe diese Untugenden nicht überwunden sind, und ehe nicht mehr Interesse für die Organisation und den Fabrikarbeiterverband vorhanden ist, haben diese Proletarier einer jungen Industrie mit 40—50 prozentigen Gewinnen kein Recht, für ihr Elend andre als sich selbst verantwortlich zu machen.

Profitmethoden unsrer Unternehmer.

Auf dem deutschen Apothekertage in Darmstadt erklärte dieser Tage Prof. Thoms-Berlin: Die Untersuchungen von chemischen Präparaten im pharmazeutischen Institut der Universität Berlin hätten zu den ernstesten Bedenken Anlaß gegeben. Auf diesem Gebiet seien unhaltbare Zustände in wissenschaftlicher und nationaler Beziehung entstanden. Begünstigt durch das Gesetz über den Schutz der Warenbezeichnungen, würden Mischungen, altbekannter Arzneistoffe, deren Wirkung längst erprobt sei, unter Phantasienamen hergestellt und als neue einheitliche chemische Präparate herausgebracht. Dadurch würden falsche Vorspiegelungen erzeugt und wesentlich höhere Preise erzielt. Das Ansehen der Aerzte sinke bei diesem fabrikmäßigen Rezeptieren. Redner verlangte das Verbot derartiger falscher Deklarationen und ein staatliches Untersuchungsamt zur Untersuchung neuauftauchender Heilmittel. Die Versammlung erklärte sich mit diesen Vorschlägen einverstanden. Fast zu gleicher Zeit erregte eine Aeußerung des Aarauer Spitalarztes Dr. Schenker auf dem Informationskurs für Kinderpflege in Zürich großes Aufsehen, weil der erfahrene Arzt die Kindermehlfabrikanten tadelte, die Hebammen bestechen, damit diese den Müttern, statt sie zum Selbststillen zu ermuntern, ihre Fabrikate anraten.

Man sieht, daß der Profithunger unsrer chemischen Kapitalisten nicht bloß vor der Gesundheit ihrer Arbeiter, sondern auch vor der Gesundheit des Publikums keinen Halt mehr kennt. So muß es aber kommen, wenn sich dieser Profithunger ohne jede gesetzliche und [illegible] ungehemmt betätigen darf.

Das Erfinderrecht der chemischen Angestellten.

Wieder will sich der deutsche Juristentag mit dieser kitzlichen Frage beschäftigen. Er soll sich darüber aussprechen, welche Aenderungen des geltenden Rechts notwendig sind, um denjenigen Personen, die in einem Dienst- oder Anstellungsverhältnis tätig sind, den gebührenden Anteil an Nutzen und Ehre aus ihren Erfindungen und sonstigen geistigen Schöpfungen sicher zu stellen. Bereits im Jahre 1906 hat sich der Juristentag mit dieser Frage befaßt und einen folgenden Beschluß gefaßt: „Die Erfindung gehört dem Angestellten, der sie gemacht hat, und nicht dem Geschäftsherrn, soweit nicht durch Vertrag das Gegenteil bestimmt ist. Es empfiehlt sich nicht, die Vertragsfreiheit zwischen Dienstherrn und Angestellten bezüglich des Erfinderrechts zu beschränken." Das war [illegible], aber es handelt sich ja gerade um die Hauptfrage, ob nicht die Vertragsfreiheit bezüglich des Erfinderrechts zugunsten des Angestellten einer gewissen Einschränkung bedarf. Und [illegible] 1906 [illegible]. Deshalb ist es nicht ausgeschlossen, daß [illegible]

Neuer Kapitalbedarf des größten chemischen Betriebs Deutschlands.

Die Ludwigshafener Anilin- und Sodafabrik hat bekanntlich erst vor kurzem die Erhöhung ihres Aktienkapitals um 15 Millionen Mark auf 36 Millionen Mark vorgenommen. Jetzt überrascht sie selbst die kundigsten Thebaner der Finanz- und Börsenwelt mit der Mitteilung, daß der Aufsichtsrat vorbehaltlich der Genehmigung durch die Generalversammlung die Ausgabe von neuen 15 Millionen 4½proz. Obligationen beschlossen habe, die schon binnen kurzem erfolgen soll. Die vorletzte Erhöhung des Aktienkapitals erfolgte bekanntlich zur Beschaffung der Mittel für die seitens des Konzerns Badische Anilin- und Sodafabrik-Elberfelder Farbenfabriken-Aktien-Gesellschaft für Anilinfabrikation Treptow erworbene Zeche „Auguste Viktoria" und für die Durchführung der norwegischen Stickstoff-Unternehmungen. Für die Zeche hatte der Kaufpreis 17,70 Millionen Mark betragen, außerdem wurde im Juli d. J. eine Zubuße von 6 Millionen Mark beschlossen, während die auf 18 bis 20 Millionen Mark geschätzten Gesamtkosten für den Ausbau der Zeche in erster Linie durch deren eigene Erträgnisse gedeckt werden sollen. Das norwegische Unternehmen ist in der Form zweier norwegischer Aktiengesellschaften mit zusammen 34 Millionen Kr. Aktienkapital gegründet worden. Die Interessengemeinschaft ist daran zur Hälfte beteiligt und von dieser Beteiligung entfallen auf die Gesellschaft 43 Prozent. Die Betriebseröffnung ist im Laufe des Jahres 1910 in Aussicht genommen; bis dahin werden von der Interessengemeinschaft außer den von ihr auf Aktienbeteiligung zu zahlenden Summen voraussichtlich noch zirka 7 Millionen Mark aufgewendet werden müssen. Insgesamt entfallen mithin von diesen Erfordernissen auf den Anteil der Badischen Anilin- und Sodafabrik rund 21 Millionen Mark. Da die Aktien-Emission, für die kein Agio verlangt wurde, nur 15 Millionen Mark einbrachte, so bleiben mithin noch 6 Millionen Mark zu decken. Wenn jetzt die neue Anleihe mit 15 Millionen Mark in Aussicht genommen wird, so scheint seitens der Gesellschaft die Absicht zu bestehen, gleichzeitig auch ihre schwebenden Verbindlichkeiten, die Ende 1907 auf 7,98 Millionen Mark angewachsen waren, vorteilhafter zu regeln. Bekanntlich hat die Gesellschaft schon im Jahre 1901 eine 4½prozentige Anleihe von 10 Millionen Mark aufgenommen. Jedenfalls ist die Tatsache eines so weitgehenden Kapitalbedarfs in der jetzigen Krisenzeit ein Beweis dafür, daß der chemische Kapitalismus in Deutschland weiter gedeiht, wie ein Kind mit prallen Backen. Nur daß er seine Arbeiter nichts davon merken läßt!

Unfallverhütung in deutschen Zelluloid-Fabriken.

Nach Besprechung der letzten Geispolsheimer Zelluloidkatastrophe kommt die Gewerbeinspektion für Elsaß-Lothringen in ihrem Jahresbericht für 1907 zu folgendem praktischen Ergebnis: „Für die Unfallverhütung ergibt sich aus den Vorgängen die Folgerung, daß bei solchen und ähnlichen Betrieben zur Vermeidung solcher Katastrophen unbedingt gefordert werden muß: sehr hohe, nach oben gut gelüftete Räume mit ganz leichter Bedachung, um eine Anstauung bezw. einen Rückstau etwaiger — giftiger — Zersetzungsprodukte und von hoch emporschlagenden Flammen in den Bereich der im Raum verkehrenden Personen bis zur Ermöglichung einer Rettung zu verhindern. Möglichste Trennung der einzelnen Arbeitsplätze untereinander durch feuersichere Wände (Blechtafeln usw.), so daß ein rasches Uebergreifen des Feuers von einem Platz auf den andern ausgeschlossen ist. Lagerung selbst des Tagesquantums des zu bearbeitenden Materials außerhalb der Arbeitsplätze und Abgabe desselben an die einzelnen Arbeiter in kleinen Mengen nur im jedesmaligen Eintausch gegen das bearbeitete Material und die sich ergebenden, sofort wegzuschaffenden Abfälle, so daß Ansammlungen von Material und Abfällen in größern Mengen während der Arbeit und damit die Entwicklung ausgedehnter Brände völlig ausgeschlossen sind. Heizung nur durch Einrichtungen, deren Oberfläche sich auf eine mehr als 40 Grad betragende Temperatur unter keinen Umständen erhitzen kann und welche Funken- oder Flammenbildung und auch die Notwendigkeit, im Raum Streichhölzer usw. zu verwenden, völlig ausschließen. Endlich künstliche Beleuchtung durch flammende Lampen nur von außen her durch dichten festsitzenden, nicht zu öffnenden Gasabschluß, sonst gut isolierte elektrische Beleuchtung mit Doppelbirnen." Wir sind gespannt darauf, wie schnell die Blockregierung diese Sicherheitsvorschriften in deutschen Zelluloidbetrieben durchführt. Sie bleiben hinter denjenigen, welche soeben in Oesterreich zum Schutz der Zelluloidarbeiter erlassen wurden, ohnedies weit zurück.

× **Fechenheim.** Die Not der chemischen Arbeiter und der Darmstädter Lohnunterschlagungsprozeß. Ueber dieses Thema referierte in einer von unsrer Seite einberufenen öffentlichen Versammlung Genosse Dr. Quarck-Frankfurt a. M. Redner ging zunächst auf die Tatsache ein, daß die Profite in der chemischen Industrie trotz der allgemeinen wirtschaftlichen Depression gestiegen seien, wenn auch der Absatz der Produkte etwas zurückgegangen sei. Bei der vortrefflichen Organisation der chemischen Industriellen und der immer mehr erweiterten Kartellierung aller kapitalistischen Interessenten dieser Branche sei dies nicht zu verwundern. Wenn aus den vorhandenen 207 000 Arbeitern der chemischen Industrie pro Kopf und Tag nur 1—2 Mk. herausgeschunden würden, ergebe dies schon einen Gewinn von 100 Millionen Mark. Diese Summe sei aber zweifellos zu niedrig bemessen. Bei solchem Riesengewinn der Unternehmer müsse der chemische Arbeiter mit einem Durchschnittseinkommen von 1000 Mark pro Jahr wirtschaften. Der Raubbau der chemischen Unternehmer an dem Proletariat finde immer noch einen geneigten Freund und Beschützer in dem Vater Staat, der mit seinen verschiedenen Institutionen solche unqualifizierte Ausbeutung von Menschen durch Menschen noch unterstütze. Im Kampf um bessere Arbeitsbedingungen von seiten der Arbeiter nehmen die staatlichen Organe und Behörden in den meisten Fällen Partei für das Unternehmertum, und der angeblich gesetzlich gewährleistete Schutz, bezw. das Koalitionsrecht der Arbeiter werde hierdurch zur Ironie. Während der Unternehmer bei veränderten Verhältnissen, bei Erschwerungen, die der Verwertung und Ausnutzung seines Kapitals durch gesetzliche Maßnahmen des Auslandes, als Absatzgebiet, entstehen, immer wieder Mittel und Wege findet, seine Interessen zu wahren, durch die Etablierung von Fabriken im Auslande, gehen die Arbeiter dieses Industriezweiges einer trostlosen Zukunft entgegen. Der vielgerühmte „Patriotismus" der Herren versagte vollständig, wenn der Profit in Frage komme, und es sei ihnen unter Umständen vollständig gleichgültig, welches Land die Ausbeutungsobjekte liefere. Eine besondere Rücksicht auf vaterländische Interessen kenne das Unternehmertum in solchem Falle nicht. Bei dieser rücksichtslosen Wahrung der Interessen von seiten des Unternehmertums müsse man sich wundern, daß die Arbeiter der chemischen Industrie nicht mehr Tatkraft und Interesse an der Erweiterung und Ausdehnung ihrer Organisation entfalten, sondern sich resigniert und widerstandslos der willkürlichen Ausbeutung durch die Farbwerksbarone unterwerfen. Es habe den Anschein, daß der verderbliche Einfluß der Arbeit in der chemischen Industrie auf den physischen Menschen auch lähmend und hemmend auf die Energie und Willenskraft fraglicher Arbeiter wirke. Anders lasse sich der Stumpfsinn und die Gleichgültigkeit der Mehrzahl dieser Arbeiterkategorie gegenüber den Organisationsbestrebungen der vorwärtsstrebenden Kollegen nicht erklären. Der sich jetzt abspielende Vorgang, daß die großen chemischen Betriebe ernstlich daran gehen, einen erheblichen Teil der Produktion nach dem Auslande zu verlegen, berechtige zu der Hoffnung, daß manchem Arbeiter die Erkenntnis komme, was er von dem „guten Herzen" des Unternehmers zu erwarten hat, und die größtmögliche Vereinigung aller Berufskollegen die einzige Möglichkeit ist, der weitern Verschlechterung der Lebenshaltung wirksam entgegenzuarbeiten. Genosse Quarck ging sodann dazu über, die kennzeichnenden Manipulationen des Betriebsführers Dr. Zimmer in der Merckschen Fabrik zu Darmstadt, der ungestraft jahrelang armen Proletariern den bescheidenen Verdienst noch bedeutend schmälern konnte, zu kennzeichnen, und seiner Verwunderung Ausdruck zu geben, wie sich Arbeiter der heutigen Epoche so etwas gefallen lassen können. Die Art der Prozeß- und Beweisführung in diesem Falle ist bezeichnend für die heutige Rechtsprechung. Dr. Zimmer wurde bekanntlich zu 9 Monaten Gefängnis, abzüglich der Untersuchungshaft, verurteilt; eine mäßige Ahndung für ein solches Vergehen gegenüber den exorbitant hohen Strafen, von denen Arbeiter betroffen werden, die einmal in der Aufregung in der Wahrung ihrer Interessen zu weit gehen. Das Fazit des Prozesses gegen Dr. Zimmer sei die Tatsache, daß das Unternehmertum in allen Fällen den Betriebsführern und besser bezahlten Handlangern des Kapitals mehr Glauben und Vertrauen schenkt, wie dem simplen Arbeiter. Es wurde in diesem Prozeß kein ernstlicher Versuch gemacht, die Höhe der Unterschlagungen des Dr. Zimmer festzustellen. Vielmehr wurde gesucht, den „erprobten" Helden und Streiter des Reichslügenverbandes möglichst zu decken und seine Handlungsweise als verzeihlich hinzustellen.

In der Diskussion des mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrags wurde noch der Sünden gedacht, der sich viele organisierte Arbeiter durch Nichtlesen der Arbeiterpresse, durch Verbleiben in Klimbimvereinen, durch Besuch zu meidender Wirtschaften usw. schuldig machen. Auch diese Versammlung trug wieder das Merkmal, daß die Arbeiter der Farbwerke nur mäßig vertreten waren, und, was gerügt zu werden verdient, es nicht einmal unsre Verbandskollegen alle für nötig hielten, in der Versammlung anwesend zu sein.

W. P.

× **Ludwigshafen.** Drei Arbeiter in der Anilin schwer verbrannt. Vor etlichen Wochen mußten wir von einem tödlichen Unglücksfall in der Badischen Anilin- und Sodafabrik im Bau 250 berichten, wo damals der Schlosser Reimer in schrecklicher Weise verbrannte. Am 12. September ereignete sich in dem gleichen Bau wieder ein ähnliches Unglück, dem die Schlosser Haspel, Rhein und Stech zum Opfer fielen. Die Genannten wurden um 5 Uhr beauftragt, eine Rohrleitung auszuwechseln; die Arbeit sollte bis 6 Uhr fertiggestellt sein. Die Leitung stand unter Druck, als die Schlosser die Schrauben lösten, ergoß sich die in der Leitung befindliche Lauge über sie. Rhein und Stech sind lebensgefährlich, Haspel nur leicht verbrannt. Es scheint, als wenn in dem Bau 250 in geradezu leichtfertiger Weise das Leben und die Gesundheit der Arbeiter aufs Spiel gesetzt wird, sonst könnten sich solche Unfälle, wie die hier geschilderten, nicht in kurzer Zeit wiederholen. Hier sollte von der Staatsanwaltschaft eingeschritten werden, um die Verantwortlichen, durch deren Schuld die Arbeiter verunglückt sind, zur Rechenschaft heranzuziehen.

Aus der Zement- und Ziegelindustrie.

= Schlechte Zeiten für die Tonindustriellen.

Wie schwer die Krise auf der Tonindustrie lastet, beweist die Dividendenverteilung folgender Aktienziegeleien und Tonwerke für das letzte Geschäftsjahr. Es verteilten:

Dampfziegelei Waiblingen A.-G.	10	Prozent	Dividende
Aktien-Dampfziegelei Reitbrook	10	„	„
Ziegelei Langensalza A.-G.	10	„	„
Annawerk, Schamotte- u. Tonwarenfabrik Oeslau b. Koburg	10	„	„
Dommitzscher Tonwerk A.-G. in Dommitzsch a. Elbe	10	„	„
Dachziegelwerk Ergoldsbach A.-G.	12	„	„
Schlesische Dachziegel- und Schamottefabrik in Kodersdorf	12½	„	„
Deutsche Steinzeugwarenfabrik Friedrichsfeld i. B.	14	„	„
Oberschlesische Schamottefabrik in Gleiwitz	14	„	„
Dampfziegelei Schanzenberg in Saarbrücken	15	„	„
Brüggener Tonwerk A.-G., Brüggen, Rheinland	15	„	„
Trotha-Sennewitzer Aktienziegelei, Sennewitz bei Halle	18	„	„
Massener Ringofenziegelei A.-G., Unna	18	„	„
Stettiner Schamottefabrik A.-G. vorm. Didier	19	„	„
Tonwerk Biebrich A.-G.	25	„	„

Die Aktionäre werden sich sehr sparsam einrichten müssen, wenn sie bei den gegenwärtigen teuren Zeiten mit solchen „Hungerlöhnen" auskommen wollen. Es ist deshalb auch ganz erklärlich, wenn sie auf die „hohen Löhne" der Ziegeleiarbeiter neidisch werden. Wie verlautet, wollen sie im nächsten Jahre, wenn die Dividenden nicht steigen, mit den Ziegeleiarbeitern tauschen. Sie reflektieren aber nur auf Beschäftigung am Abschneideapparat, weil sie dazu durch Couponabschneiden die erforderliche Uebung schon besitzen.

= Beschränkung des Kantinenwesens.

Das Kantinenwesen, das besonders in den Ziegeleien oft zu unerhörten Uebervorteilungen der Arbeiter führt, ist nun durch eine königl. Verfügung bedeutend eingeschränkt worden. Nach dieser Verfügung ist in den Fabriken, Minen, Bauwerken und Unternehmungen, gleichviel welcher Art sie auch seien, die Einrichtung von Kaufläden, Kantinen, Tabaksbuden verboten, welche den Arbeitgebern, Akkordierern, Aufsehern, deren Vertretern oder Personen gehören, die infolge ihrer Arbeitsstellung irgend welche Gewalt über die Arbeiter haben. Zugelassen sind nur noch solche Verkaufsstellen, die zur Verproviantierung der Arbeiter dienen, unter der Bedingung, daß die Abgabe der Waren nur zum Ankaufspreise erfolgt und den Arbeitern eine Mitaufsicht eingeräumt wird. Bei Zuwiderhandlungen gegen diese Verfügung tritt außer einer entsprechenden Geldstrafe die Schließung der betreffenden Kantinen ein.

Diese Verfügung ist aber leider nicht in dem Lande der Sozialpolitik, in Deutschland, erlassen worden, sondern in einem halbwilden Lande, in — Spanien.

= **Ergoldsbach.** „Der Keramarbeiter", das Organ des christlichen Keramarbeiterverbandes, meldet aus Ergoldsbach ein für dieses Verbändchen überaus seltenes Ereignis, nämlich den Abschluß eines Tarifvertrags mit dem dortigen Dachziegelwerk. Wir gönnen dem Verbändchen diesen Erfolg von Herzen, da ihm derartiges doch nicht alle Jahre passiert. Wie fast immer, so ist auch dieser „große Erfolg" nicht auf das Konto der eigenen Macht zu setzen, sondern das Vordrängen unsrer Organisation gab dazu den Anstoß. Angesichts der heraufziehenden „roten Gefahr" bangte der Geistlichkeit um ihre Schäfchen und der Direktion um den Profit, und so fanden sich denn die Vertreter der Reaktion in holder Einigkeit zusammen, um den braven Christenkindern ein kleines Geschenk zu machen, damit sie den Lockungen der „bösen Roten" leichter widerstehen können. Als artige Kinder vergessen die so Beschenkten natürlich auch nicht, „Danke schön" zu sagen, und so wird denn im „Keramarbeiter" die „getreue Mitwirkung der hochw. Geistlichkeit", ebenso das „Entgegenkommen der Werksdirektion" besonders gelobhudelt.

Mit diesem Vorgang zeigt sich wieder aufs neue, wie hoch die christlichen Gewerkschaften von dem Unternehmertum eingeschätzt werden. Bisher verhielt sich die Direktion allen Wünschen der „Christen" gegenüber ablehnend, sie wußte wohl, daß ihr von dieser Seite keine Gefahr drohte. Erst nachdem unsre Organisation auf dem Plan erschien, gab sie ihren ablehnenden Standpunkt auf, um so die Zersplitterung der Arbeiter aufrecht zu erhalten. Unsre Organisation war also die treibende Kraft, die diesen Erfolg zeitigte. Um so lächerlicher wirkt die Aufgeblasenheit, mit der im „Keramarbeiter" die Ziegeleiarbeiter von Ergoldsbach vor dem „heißen Liebeswerben des sozialdemokratischen Fabrikarbeiterverbandes" gewarnt werden. Wir schätzen die Ergoldsbacher Arbeiter denn doch etwas höher ein, wir sind überzeugt, daß sie die Ursachen des Erfolges erkennen lernen, und sich nicht durch dieses Linsengericht abhalten lassen, unsrer Organisation beizutreten, wo sie ihre Rechte nicht unter der „Mitwirkung der Geistlichkeit" alleruntertänigst zu erbetteln brauchen, sondern sich für redliche Arbeit redlichen Lohn erkämpfen können.